Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pfg., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Seite 876.

Nr. 166. **Magdeburg, Mittwoch den 19. Juli 1905.** **16. Jahrgang.**

Generalstreik und Sozialdemokratie.

II.

Einstimmigkeit dürfte wohl darüber herrschen, daß der anarchistische Generalstreik, der die politische Aktion nicht unterstützen, sondern ersetzen will, von uns abzulehnen ist. Ueber diesen Generalunsinn verlieren wir kein Wort weiter. Auch der Genosse Dr. Friedeberg muß es sich gefallen lassen, daß die Art von Generalstreik, die er empfiehlt, als diskussionsunfähig erklärt wird. Zwar predigt er nicht den Generalstreik als alleiniges, unfehlbares Mittel zur Ueberwindung des Kapitalismus und zur Durchführung sozialistischer Grundsätze, aber sein Berliner Vortrag, der auch als Broschüre verbreitet wird, enthält doch so viele Argumente anarchistischen Charakters, daß ihm Sozialdemokraten hierbei nicht mehr zu folgen vermögen.

Der Solidaritätsstreik, der in romanischen Ländern blüht, wird unternommen, um andern kämpfenden Arbeitern behilflich zu sein, ihre Forderungen durchzusetzen. Er ist immer ein Zeichen von Schwäche der Gewerkschaften und widerspricht dem in der deutschen Gewerkschaftswelt heimischen Grundsatz, daß jede Organisation danach streben muß, die Stärke zu erlangen, die es ihr ermöglicht, ganz aus eigner Kraft ihre Kämpfe mit den Unternehmern zu führen.

Nummer drei, der ökonomische Streik mit politischer Bedeutung wird besonders vom Genossen Kautsky sehr hoch eingeschätzt und die Genossin Holst folgt seinen Spuren. Als Kautsky in der „Neuen Zeit" die Lehren des Bergarbeiterstreiks besprach, war für ihn das Hauptergebnis die parlamentarische Aktion, die sich an ihn schloß. „Der Streik — so führte er aus — muß von [illegible] seine Taktik müssen darauf berechnet sein, die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen und der Streik muß vorbereitet werden, nicht bloß durch die möglichste Stärkung der Gewerkschaft und ihrer Kasse, sondern auch durch politische Aufklärung ihrer Mitglieder und das Streben nach einer möglichst starken Vertretung des kämpfenden Proletariats im gesetzgebenden Körper. — — — Diese neue gewerkschaftliche Taktik — die des politischen Streiks —, sie ist überhaupt diejenige, die bestimmt ist, die gewerkschaftliche wie die parlamentarische Aktion neu zu beleben und der einen wie der andern erhöhte Aggressivkraft zu geben; die bestimmt ist, noch die größten Siege für das Proletariat zu erfechten und in dem Maße mehr in den Vordergrund zu treten, in dem die isolierte gewerkschaftliche wie die isolierte parlamentarische Aktion unfruchtbar wird." Aehnliche Ausführungen finden sich auch in dem Buche von Frau Roland-Holst.

Wenn sonst nichts unter dem politischen Streik verstanden würde wie das, was Kautsky damit bezeichnet, bedürfte es keiner langen Diskussion, um darüber zur Einigung zu kommen. Wie wir gleich sehen werden, handelt es sich aber beim politischen Massenstreik doch um etwas andres. Zudem will uns scheinen, als sei die „neue gewerkschaftliche Taktik" doch schon über ihre erste Jugendblüte hinaus. Beim Konfektionsarbeiterstreik z. B. wurde genau so gehandelt, wie es Kautsky empfiehlt und doch sah niemand darin eine neue Taktik; allerdings diskutierte man damals in unsern Reihen auch noch nicht über den Generalstreik, und das Bedürfnis nach neuen Wegen, das mit einem Male so stark geworden ist, bestand in jener Zeit auch noch nicht. Im Grunde genommen wirkt ja auch jeder Streik auf die Gesetzgebung ein, wenn auch nicht ganz so unmittelbar wie der letzte Bergarbeiterstreik. Darin beruht ja das ganze Geheimnis des Handinhandarbeitens politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung, daß der eine Teil im Parlament erstrebt, was der andre auf dem wirtschaftlichen Kampfplatze durchzusetzen versucht. Wir ziehen daher nicht die Lehre aus dem Bergarbeiterstreik und seinen Folgeerscheinungen, daß eine „neue Taktik" Platz greifen müßte, sondern die, daß vor allem ein recht inniges Verhältnis zwischen Gewerkschaften und politischer Partei geschaffen werden muß, wozu allerdings nichts weniger geeignet ist, als die herabsetzenden Bemerkungen über die Gewerkschaftsorganisation und die leitenden Gewerkschaftler, die man nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß in manchen Parteiblättern lesen konnte. Und auch die gelehrten und ungelehrten Untersuchungen über die „Grenzen der Gewerkschaftsbewegung", die nach dem Bergarbeiterstreik wieder in Mode kamen, scheinen uns recht ungeeignete Mittel zu sein, um endlich die vor einigen Jahren so beliebte „Neutralität" der Gewerkschaften zu überwinden.

Nun zum politischen Massenstreik. Dieser Streik will nicht das eine und ausschließliche Kampfmittel des Proletariats sein. Nur in gewissen Momenten soll er neben die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Tätigkeit des Proletariats treten, er soll dazu dienen, Angriffe der Bourgeoisie auf die Rechte des Proletariats abzuschlagen, Angriffe des Proletariats auf einzelne Positionen der herrschenden Klassen, die auf politischem Boden ausgeführt werden, zu unterstützen. Der politische Massenstreik setzt also gewisse politische Rechte des Proletariats voraus, die er ergänzen soll: ein, wenn auch beschränktes, Wahlrecht, Preßfreiheit, Vereinsrecht usw. Das Problem lautet: Ist es notwendig, neben der Ausübung dieser politischen Rechte auch den politischen Massenstreik in Anwendung zu bringen. Das Problem hört aber auf, ein solches zu sein, wenn das Proletariat politische Rechte nicht oder nicht mehr besitzt, wenn sie ihm genommen wurden.

Wo Verhältnisse wie in Rußland herrschen, wo jede politische Tätigkeit der Arbeiterschaft unmöglich ist, wo der Streik zum Verbrechen gestempelt wird und das gedruckte Wort nicht wirken kann, weil keine Spur von Preßfreiheit vorhanden ist, da wird das Proletariat in seinem Emanzipationskampf jedes Mittel anwenden. Solche Zustände gehören aber nicht zu den normalen, sie existieren unter den Staaten mit kapitalistischer Kultur nur noch in Rußland, und selbst da dürfen wir die frohe Hoffnung hegen, daß sie bald zu den vergangenen Dingen gehören. Die Befürworter des politischen Massenstreiks hätten also nachzuweisen: entweder, daß die vorhandenen politischen Rechte nicht ausreichen, um den Emanzipationskampf des Proletariats zu führen, oder, daß Westeuropa kosakisch wird. Merkwürdigerweise gibt man sich wenig Mühe, für das erstere den Nachweis zu liefern und nimmt lieber das letztere an, was sich sonderbar genug im gegenwärtigen Augenblick ausnimmt. Jahrzehntelang war es unsre feste Ueberzeugung, daß mit dem zarischen Absolutismus [illegible] sein Sturz von eminenter Bedeutung für die Demokratisierung Westeuropas sein müsse und in dem Augenblicke, in dem er sein Ende findet, müssen die Begleiterscheinungen dieser weltbefreienden Vorgänge dazu dienen, eine neue Taktik zu empfehlen, weil angeblich unsre alten Kampfesmittel durch die Reaktion bedroht sind. „Deshalb ist die russische Revolution, als deren Trägerin die Streikbewegung auftritt, für das westeuropäische Proletariat nicht nur in ihren Zielen, sondern auch in ihren Mitteln von eminentester Bedeutung, kann sie diesem Proletariat in vielen, wenn auch selbstverständlich nicht in allen Punkten, die reichste Anregung und Belehrung über seine eignen, zukünftigen Kämpfe geben." So die Genossin Holst. Kautsky, Rosa Luxemburg, Zetkin, „Leipziger Volkszeitung" und zahlreiche andre Parteiorgane stimmen in den Chorus ein und beweisen die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Generalstreiks mit — russischen Vorgängen.

Mit Verlaub: In Rußland herrscht die Revolution. Wenn man uns in Deutschland mit russischen Zuständen beglückt, dann macht auch das deutsche Volk Revolution und es wird dabei die gleichen Mittel anwenden wie die russischen Arbeiter, nur hoffen wir, etwas systematischer, zweckentsprechender. Und wenn in einem Industrielande eine Revolution ausbricht, dann ist diese notwendigerweise mit Arbeitseinstellungen verknüpft, da die Arbeiter, wenn sie revolutionär — das Wort im bourgeoisen Sinne gebraucht — wirken wollen, heute gar kein andres Mittel mehr haben, wie den Streik. Die russischen Ereignisse sagen uns daher weiter nichts, als daß revolutionäre Umwälzungen mit politischen Massenstreiks verknüpft sind; sollen diese Lehren für Westeuropa fruktifiziert werden, dann gehört dazu vor allem — die Revolution.

Nun hören wir ja immer von den Anhängern des politischen Massenstreiks, auch von der Genossin Holst: Dem Proletariat wird das Wahlrecht genommen werden, dann die Preßfreiheit, das Vereinsrecht, Koalitionsrecht usw. Was bleibt da anders übrig als der politische Massenstreik? Stimmt! Wenn die Arbeiter in Deutschland keine politischen Rechte haben, dann werden sie die Sprache führen, die jetzt in Rußland ertönt, dann werden sie im revolutionären Ringen die Bourgeoisie überwältigen. Darüber bestand bisher kaum ein Zweifel in den Reihen der Sozialdemokratie, wenn man einmal das Argument — das uns sehr bedeutungsvoll erscheint — außer acht lassen will, daß heute Revolutionen gegen das Militär nicht gemacht werden können, daß sie aber überflüssig werden, sobald das Militär auf Seite des Volkes steht. Vorläufig haben wir aber in Deutschland, in ganz Westeuropa noch die Möglichkeit, in gesetzmäßiger Weise für den Sozialismus Propaganda zu machen und den bürgerlichen Staat mit den Einrichtungen zu bekämpfen, die er für sich selbst geschaffen hat. Es wäre traurig, wenn die jahrzehntelange Kulturarbeit, die von der Arbeiterbewegung geleistet wurde, nicht das bewirkt hätte, daß heute nur komplette Narren mit dem Gedanken spielen, die Arbeiterklasse so vollständig zu entrechten, daß ihr als einziges Kampfmittel nur der politische Massenstreik übrigbliebe. Am allerwenigsten können die Vorgänge in Rußland dazu dienen, solche pessimistische Zukunftsansichten zu stützen, denn wenn nicht alle Logik aus der Weltgeschichte geschwunden ist, bedeutet der Sturz des Zarentums eine Stärkung der demokratischen Strömungen in Westeuropa.

Das Problem lautet also: Ist der politische Massenstreik ein geeignetes Mittel zur Ergänzung der politischen und gewerkschaftlichen Aktionen des Proletariats? Dieser Frage werden wir noch einen Artikel widmen. mr.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 18. Juli 1905.

Die Wahl in Oberbarnim.

Ueber die am 13. d. M. stattgefundene Nachwahl liegt jetzt das amtliche Resultat vor. Danach wurden 16 126 Stimmen abgegeben gegen 16 935 bei der Hauptwahl im Jahre 1903. Hiervon erhielten der sozialdemokratische Kandidat Bruns 6319, der Kandidat der Reichspartei Pauli 6268 und der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei Kollmann 3532 Stimmen. 1903 fielen auf den Kandidaten der Sozialdemokratie 7202, auf den der Reichspartei 6829 und auf den der Freisinnigen Volkspartei 2904 Stimmen. Die freisinnigen Stimmen sind also um 628 gewachsen, während die sozialdemokratischen um 883 und die freikonservativen um 561 zurückgegangen sind. In der Stichwahl 1903 vereinigten sich fast sämtliche freisinnigen Stimmen auf Pauli, der mit 9450 gegen 8357 sozialdemokratische Stimmen siegte.

Wir haben schon mehrfach unsre Ansicht über die Ursachen und die Bedeutung der Stimmenrückgänge für die Sozialdemokratie wiedergegeben und halten es daher nicht für notwendig, heute wieder das alte Thema zu erörtern. Wir überschätzen solche Symptome nicht, wir halten es aber auch nicht für richtig, wenn einzelne Parteiblätter mit einem gewissen Fatalismus die ständigen Stimmenverluste als etwas Unvermeidliches hinnehmen. Doch, wie gesagt, wir wollen diese Dinge heute nicht erörtern. Dafür mag hier mitgeteilt werden, was der „Vorwärts" zu dem Wahlausfall zu sagen weiß. Er schreibt:

„Zunächst ist es eine durch Jahrzehnte bestätigte Tatsache, daß bei Nachwahlen die Sozialdemokratie an Stimmen abnimmt, wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen, die entweder die allgemeine politische Erregung auch auf das platte Land tragen (so seinerzeit die drohende Umsturzvorlage, das drohende Zuchthausgesetz, der drohende Zolltarif) oder den betroffenen Wahlkreis selbst aufwühlen. Aber abgesehen hiervon, liegen den Wahlkreis selbst betreffende Verhältnisse vor, die es als eine bedeutende Leistung unsrer Parteigenossen erscheinen lassen, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokratie trotz der lebhaftesten Anstrengungen der vereinten Gegner, trotz Saalabtreibung und Beeinträchtigung der Diskussionsfreiheit in gegnerischen Versammlungen, trotz Ueberflutungen des Kreises mit ca. 20 verschiedenartigen gegnerischen Flugblättern, trotz immenser Wahlbeeinflussung, insbesondere durch Bedrohung mit wirtschaftlichen Nachteilen an der Spitze der Parteien geblieben ist. Es handelt sich um einen Wahlkreis, der eine außerordentlich fluktuierende Bevölkerung insbesondere auf dem platten Lande aufweist. Die Agitationsarbeit unsrer Genossen auf dem platten Lande der Provinz Brandenburg und insbesondere auch im Kreise Oberbarnim ist deshalb eine so schwierige, ihr Erfolg weit größer als die Zahlen auf den ersten Blick erkennen lassen, weil ein recht erheblicher Teil der eben für die Ideen der Sozialdemokratie gewonnenen Landarbeiter nach dem Westen oder in die Städte, insbesondere nach Berlin zieht: beträgt doch beispielsweise die Zahl der aus der Provinz Brandenburg nach Berlin Zugezogenen bereits mehr als die Hälfte der in Berlin geborenen Berliner. Hinzu tritt, daß mehrere große Güter fast ausschließlich Ausländer (zumeist Galizier) in wachsendem Maße beschäftigen. An Stelle der aus dem Kreise Fortgezogenen treten fast ausschließlich der Sozialdemokratie noch völlig fern stehende Arbeiter aus Ost- und Westpreußen, aus Posen und Schlesien. Durch diese Völkerwanderung, die durch die Produktionsweise des Großgrundbesitzes (Zunahme der Saisonarbeit) bedingt ist, wird die Werbearbeit der Genossen außerordentlich erschwert. Die Genossen lassen sich erfreulicherweise die Agitationsarbeit nicht verdrießen, obwohl ihr Erfolg nach allem diesem nur teilweise im Kreise selbst zum Ausdruck gelangen kann. Wenn nach diesen Umständen auf dem platten Lande die Stimmen für die Sozialdemokratie bei dieser Wahl fast die Höhe von der Wahl 1903 erreichten und der Hauptverlust der konservativen Stimmen auf dem Lande zu verzeichnen ist, so ist das ein Resultat, das zu guten Hoffnungen für die Stichwahl berechtigt. Insbesondere die Landarbeiter sind fast geschlossen für die Sozialdemokratie eingetreten. Der Stimmenverlust der Konservativen auf dem platten Lande ist weit größer als der der Sozialdemokratie. Ein Rückgang der Stimmen der Sozialdemokratie ist im wesentlichen in den kleineren Städten erfolgt.

... Die nichts weniger als erfreuliche Abnahme von Stimmen für die Sozialdemokratie in diesen städtischen Bezirken erklärt sich teilweise aus lokalen Ursachen (den Löwenanteil [illegible] hierbei der Zusammenbruch der nicht von der politischen Partei begründeten Konsumgenossenschaft in Eberswalde), ferner aus einem erheblichen Fortzug von Arbeitern nach andern Kreisen und durch eine

geringere Wahlbeteiligung, aber auch dadurch, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Genossen, die außerhalb des Kreises ihre Tagesarbeit verrichten, nicht in den Kreis zur Wahl gekommen sind. Es dürfte nicht zu hoch geschätzt sein, wenn man die Anzahl dieser Parteigenossen auf 500 schätzt. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die sozialdemokratischen Reserven genügen, um in der Stichwahl den Sieg der Sozialdemokratie herbeizuführen."

Der Freisinn hat noch keine Stichwahlparole ausgegeben. Vermutlich wird er dieses auch, seiner alten Uebung getreu bleibend, nicht tun, weil er auch so von seinen Wählern erwartet, daß sie den Reaktionär heraushauen. Nur die „Frankfurter Zeitung" hat gemeint, es sei Pflicht der Freisinnigen, dem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, wofür ihr die „Kreuzzeitung" erklärt, ihre Parole müsse „letzten Endes auch den Freisinnigen schaden, wie denn alles, was Juden in der Politik sagen und tun, unklug und der eignen Partei verderblich zu sein pflegt".

Das Junkerblatt will damit sagen, daß in Zukunft die Junker auch die Freisinnigen nicht mehr gegen die Sozialdemokraten unterstützten, wenn die Freisinnigen nicht für den Reaktionär eintreten. Das ist ein müßiger Streit, wie die Stichwahl wieder zeigen wird. —

Der Etat der Revolution.

Die außerordentliche Festigkeit und Zählebigkeit, die moderne Klassenstaaten im Kampf gegen revolutionäre Bestrebungen an den Tag legen, beruht nicht zum mindesten auf der Organisation ihres Finanzsystems. Der Staat ist Herr über Millionen Untertanen, durch die Milliarden Frank, Mark oder Rubel, über die er verfügt. Selbst wenn er wie Rußland vor dem Bankrott steht, so sind doch seine Finanzkräfte fast allgewaltig im Vergleich zu den bescheidenen Mitteln, die einer revolutionären Bewegung zur Verfügung stehen. Die Revolution kann keine Steuern einheben, keine Monopole betreiben und hat an den Börsen keinen Kredit.

Ihre ganze Kraft beruht auf der freiwilligen Hilfeleistung. Während die ganze Existenz des Staates auf seinen Einnahmen ruht, und er auf keine andre Hilfe zu rechnen hat als auf unfreiwillige und bezahlte, regen sich im Dienste der Revolution Hunderttausende, die kein andres Band mit ihr verbindet als das der Ueberzeugung und die nach getaner Arbeit keinen Lohn verlangen. Lassen sich also Revolutionen nicht so finanzieren, daß sie an toter Geldkraft den Kampf mit dem Staat aufnehmen können, so brauchen sie glücklicherweise auch nicht so finanziert zu werden. Die Revolution reicht mit einem Rubel weiter als der Staat mit tausend. Beträge, die für die russische Staatswirtschaft unbedeutend sind, können, am richtigen Platze verwendet, dazu reichen, diese ganze Wirtschaft über den Haufen zu werfen.

Wenn unsre reaktionäre und Scharfmacherpresse so herzbrechend nach der Polizei schrie, als der sozialdemokratische Parteivorstand einen Sammelaufruf zugunsten der Opfer des Zarismus erließ, so wußte sie wohl, warum sie so sehr erschrak. Sie weiß wohl, daß die Arbeiterschaft der Welt heute den längeren Arm des Hebels in der Hand hat, und daß verhältnismäßig geringe Summen, die von ihr aufgebracht werden, mit dazu beitragen können, am Anblick der Erde weltgeschichtliche Veränderungen herbeizuführen. Auch die von der Pariser „Agence Havas" verbreitete Meldung, die Einleitung der russischen Sammlung habe für das Redeverbot gegen Jaures den Ausschlag gegeben, klingt durchaus nicht unwahrscheinlich. Denn gerade die Einleitung dieser Sammlung mußte den herrschenden Kreisen ein recht anschauliches Bild von der Macht der internationalen Solidarität gewähren und jenen Seelenzustand heraufbeschwören, aus dem der berühmte Erlaß des Fürsten Bülow an den Fürsten Radolin geflossen ist.

Gleichwohl muß jetzt die „Kölnische Zeitung", das Regierungsorgan vom Rhein, das Geständnis ablegen, daß in diesem Falle — nämlich in dem der russischen Sammlung — mit Polizei nichts zu machen sein wird. Dazu fehlt, wie die Kölnerin ausführt, jede gesetzliche Handhabe.

Für eine eventuelle Strafverfolgung würde nämlich nur der vierte Abschnitt von Teil 2 des Strafgesetzbuchs, der von „feindlichen Handlungen gegen befreundete Staaten" handelt, in Betracht kommen. Es macht sich strafbar, wer gegen einen befreundeten Staat oder dessen Landesherrn eine Handlung unternimmt, die, wenn sie gegen das Reich oder einen Bundesstaat gerichtet wäre, als Hochverrat bestraft werden müßte. Voraussetzung der Strafbarkeit ist aber die Gewährleistung der Gegenseitigkeit, die nach der Feststellung des Königsberger Prozesses nicht vorhanden ist. Ferner aber wäre, selbst den Bestand der Gegenseitigkeit vorausgesetzt, zu einer Verurteilung die Feststellung nötig, daß die gesammelten Beträge nach der Absicht der Sammler zur Ausführung bestimmter hochverräterischer Unternehmungen dienen sollen. Somit sei es nach der Lage der deutschen Gesetzgebung nicht möglich, gegen die Sammlungen auf gerichtlichem oder polizeilichem Wege vorzugehen.

Unsre Scharfmacher und Reaktionäre werden es mit Trauer vernehmen, daß die Gesetzlichkeit in diesem Falle wieder ihre tötende Wirkung übt. Sie können es nicht verhindern, daß die deutschen Arbeiter den Opfern der russischen Revolutionskämpfe ihre Lage erleichtern und dadurch etwa den aktiven Kämpfern das Vertrauen auf auswärtige Hilfe stärken, daß die Gesamtaussichten des russischen Freiheitskampfes durch das Eingreifen des deutschen Proletariats günstig beeinflußt werden.

Die Angst und Verlegenheit ihrer Feinde wird es der politisch denkenden Arbeiterschaft erst recht zu Bewußtsein bringen, vor welche außerordentliche Situation sie gestellt ist. Ihr bietet sich heute die Möglichkeit, durch verhältnismäßig geringe Opfer außerordentlich bedeutende Wirkungen hervorzurufen, die auf ihre eigne Lage in günstiger Weise zurückwirken müssen. Es müßte schlimm um die deutschen Arbeiter bestellt sein, wenn sie nicht ein paar elende Groschen übrig hätten für eine Sache, die ihre russischen Kameraden mit ihrem Blute bezahlen!

Seit unsre Gegner wissen, daß mit Gewalt nichts auszurichten ist, versuchen sie es mit einer andern Methode. Sie wollen die Sammlungen der deutschen Arbeiter als lächerlich gering und bedeutungslos hinstellen, und wenn das Ergebnis der Sammlung ihre Erwartungen nicht weit übertrifft, werden sie aus ihm die Behauptung herauslesen, daß die Massen des arbeitenden Volkes in Deutschland den russischen Ereignissen gleichgültig und teilnahmslos gegenüberstehen.

Da gilt es denn für die deutschen Arbeiter zu zeigen, was sie können! —

Soldatenschinder.

Schauderhafte Soldatenmißhandlungen, die bereits vor Jahren verübt wurden, aber erst jetzt ihre gerichtliche Sühne finden, förderte eine Gerichtsverhandlung vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf zutage, die am Sonnabend den 15. Juli stattfand. Es handelte sich um die Schindereien, welche die Rekrutengefreiten Forstmann und Siegel in der 10. Kompanie des zweiten Garde-Regiments zu Fuß in Berlin an der ihnen unterstellten Korporalschaft verübten. Ueber die Verhandlung wird geschrieben:

Die Anklage entrollte zunächst das übliche Bild solcher Mißhandlungen: Die Rekruten wurden mit der Säbelscheide an die Finger geschlagen, mit Fußtritten und Kolbenstößen traktiert und beim „Griffekloppen" mit der Klopfpeitsche geschlagen. Ein „unreinlicher" Rekrut mußte von den Kameraden so lange mit der Wurzelbürste gescheuert werden, bis der Körper blutigrot aussah. Vor dem heißen Ofen wurden in voller Ausrüstung mit Mantel und Tornister Streckübungen mit Gewehr und Schemel kommandiert, bis einzelne Rekruten kraftlos umfielen. Wegen kleiner Versehen verboten die Gefreiten den Rekruten das Mittagessen, dasselbe mußte auf oder unter den Spind gestellt werden, bis es kalt war. Ueber 100 solcher Mißhandlungsfälle galten schon in früheren Verhandlungen, die behufs weiterer Zeugenvernehmungen vertagt wurden, als erwiesen. Doch die Zeugenaussagen förderten noch andre Scheußlichkeiten zutage. Ein Rekrut wurde so heftig an die Spindtür geworfen, daß er erhebliche Kopfwunden davontrug. Die Korporalschaft erhielt den Auftrag, bei etwaigen Nachforschungen auszusagen, es sei ihm ein Zielpfahl auf den Kopf gestürzt. Dem Rekrut Bauschke schlug Forstmann öfter die Nase blutig. Als er eines Tages zur Tür hinaus wollte, um sich zu waschen, erhielt er den Befehl, in der Stube zu bleiben und sich in dem Eimer zu waschen, in welchem auch der Urin von den Mannschaften sich befand. Als er sich weigerte, packten ihn die Gefreiten mit Gewalt und steckten ihn mit dem Kopf in den Urineimer! Ein andrer Rekrut namens Hoffmann mußte sich, durch Schläge und Drohungen gefügig gemacht, eine Schlinge um den Hals legen und „aufhängen". Der Herr Vorgesetzte stieß nämlich den Schemel weg und [illegible] hing in der Schlinge, bis ein Kamerad den Bewußtlosen abschnitt. Die dauernden gesundheitlichen Nachteile, die Hoffmann erlitt, haben schließlich zur Entdeckung der Schindereien und zur Einleitung des Verfahrens geführt. Die erbärmlichste Scheußlichkeit aber wurde einem Rekruten gegenüber verübt, der unter Bettnässen litt. Ihm wurde das Glied mit einer Schnur zugebunden, und um eine Selbstbefreiung zu verhindern, band man ihm Hände und Füße breit auseinander ans Bettgestell. Aus dieser Folterung wurde der Rekrut ebenfalls erst durch einen Kameraden befreit. Für einen kleinen Teil dieser Mißhandlungen sind Forstmann und Siegel bereits einmal zu 10 und 14 Tagen Arrest verurteilt, sobald jedoch die volle Wahrheit bekannt wurde, nahm man sie in Untersuchungshaft. Nach mehrmaligen Verhandlungen stellte am Sonnabend das Kriegsgericht gegen Forstmann 108, gegen Siegel 78 Mißhandlungsfälle fest und verurteilte den ersteren zu drei Jahren, den letzteren zu drei Monaten Gefängnis. Die meisten der mißhandelten Rekruten befinden sich bereits im Zivilverhältnis, so daß sie ihre Aussagen ohne Furcht vor weiteren Mißhandlungen machen konnten. —

Ruhstratfreunde.

Als einer der Freunde in der Not, von denen das Sprichwort sagt, daß ihrer ein Dutzend auf ein Lot gingen, hat sich dem oldenburgischen Justizminister Ruhstrat Herr Oertel von der „Deutschen Tageszeitung" erwiesen. Herr Oertel widmet dem fatalen Bückeburger Freispruch einen längeren Artikel, in dem er in Sachen der „Lustigen Sieben" verblüffende Sachverständigen-Qualitäten offenbart und lebhaft über die „Verhetzung" klagt, der die öffentliche Meinung in bedauerlichem Maße unterlegen sei. Herr Oertel erklärt:

> Man täusche sich nicht darüber, die Hetze ist zwar gegen eine bestimmte Person gerichtet . . . es ist aber damit das ganze gesellschaftliche Milieu gemeint. Man will eine zwiespältige Moral konstruieren; dem Volke ist alles erlaubt, selbst Verbrechen sind aus dem berühmten Milieu der sozialen Bedrückung oder aber pathologisch usw. zu entschuldigen, die sogenannte herrschende Klasse aber hat sich einer lückenlosen Sittlichkeit zu befleißigen, sonst wird sie gebrandmarkt.

Mit Erstaunen sehen wir ein Blatt und einen Mann, die sonst immer für Gottesfurcht und gute Sitte eintreten, sich darüber entrüsten, daß sich das Volk über Herrn Ruhstrats Gesetzes- und Sittenverletzungen entrüstet. Wenn ein Angehöriger der besitzlosen Klasse ein Verbrechen begeht, so empfiehlt Herr Oertel die Anwendung der Prügelstrafe. Wenn aber die öffentliche Meinung einem Minister nur in bildlichem Sinne die Hosen ein wenig stramm zieht, so prophezeit Herr Oertel als neue Kassandra den Untergang der „Volkssittlichkeit". Es ist nicht erlaubt, sich über die Gesetzesverletzungen zu entrüsten, die die hohen Herren begehen!

Die Abgeordnetenwahl in Bayern.

Die am vorigen Montag gewählten Wahlmänner traten gestern zusammen, um die bayrischen Abgeordneten zu wählen. Die Wahlen brachten keine Ueberraschungen, sie bestätigten das Resultat der Urwahlen. Von 159 Wahlergebnissen sind zur Stunde erst 154 bekannt, da in den beiden Pfälzer Wahlkreisen Landstuhl und Neustadt, die fünf Abgeordnete zu wählen haben, ein mehrmaliger Wahlakt stattzufinden hat. Von den 154 gewählten Abgeordneten gehören 102 zum Zentrum, das 18 Mandate gewinnt, 20 zu den Liberalen, die 23 Mandate verlieren, 12 zu den Sozialdemokraten, die 1 Mandat gewinnen, 3 zum Bauerbund, der 3 Mandate verliert, 14 zu den konservativen Bündlern, die 2 Mandate verlieren, 2 zu den Demokraten, die 1 Mandat gewinnen, und 1 zur Mittelstandsvereinigung. Die noch ausstehenden Wahlkreise waren bisher von Liberalen vertreten.

Die Sozialdemokratie hat in folgenden Wahlkreisen Abgeordnete erhalten: In München 1 die Genossen Müller, Schmidt und Birk, in München 2 Vollmar, in Kempten Timm, in Augsburg Rollwagen, in Zweibrücken Keidel, in Frankenthal Huber, in Ludwigshafen Ehrhart und Segitz. Ueber die beiden andern Genossen, die zu Abgeordneten gewählt wurden, finden wir in den Morgenblättern keine Angaben. —

Ungarn.

Die Munizipalitäten Ungarns leisten der Regierung passiven Widerstand, der dieser ernstliche Verlegenheiten zu bereiten scheint. Wie das schon unter Banffy, dann unter Szell und Tisza der Fall gewesen ist, so werden auch jetzt weder Steuern eingetrieben, noch Rekruten ausgehoben. Aber jetzt gehen die Stadtverwaltungen noch weiter, sie lehnen es sogar ab, auch freiwillig geleistete Steuern, also Steuerzahlungen überhaupt, anzunehmen. Auch bei der Aushebung jener Rekruten, die sich freiwillig stellen, wollen sie nicht mitwirken. Baron Fejervary sieht sich deswegen veranlaßt, einen Erlaß an die Stadtverwaltungen zu richten, in welchem er diese auffordert, ihren Widerstand zu unterlassen. Viel nützen wird diese ministerielle Kundgebung nicht, die ungarische Krisis treibt unaufhaltsam weiter. —

England.

Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärt der Staatssekretär für Indien, Brodrick, die englische Regierung sei in der Lage gewesen, den Absichten der indischen Regierung hinsichtlich gewisser Aenderungen an dem Heeresorganisationsplan beizupflichten, ohne die Grundzüge des Planes zu berühren. Infolge der Anordnungen des Sprechers über das bei der Beratung der Anträge, betreffend Neueinteilung der Wahlkreise einzuschlagende Verfahren erklärt Premierminister Balfour unter lebhaftem Beifall der Opposition, daß er die Anträge zurückziehen werde. Der Premierminister deutete jedoch an, daß er in der nächsten Session ein Gesetz darüber einzubringen gedenke. —

Die russische Revolution.

Der Semstwokongreß.

Am 19. Juli, also morgen, soll in Moskau der Semstwokongreß zusammentreten, von dem die herrschende Großfürstenclique befürchtet, er werde zu einer Art von gesetzgebender Körperschaft werden und eine provisorische Regierung einsetzen. Trepow will ihn mit aller Macht verhindern. Er hat die Gouverneure derjenigen Gouvernements, die Semstwos besitzen, telegraphisch angewiesen, die Semstwos und Städtevertreter zu benachrichtigen, daß der geplante Kongreß vom 19. d. M. nicht zugelassen werden würde und daß die betreffenden nicht zusammenzukommen brauchen! Die Semstwomänner wollen sich aber nicht abschrecken lassen und trotzdem zusammenkommen. Der demokratische Zentralverband erhob Einspruch gegen den Versuch der Regierung, die Gesellschaft durch den Bulyginschen Volksvertretungsplan irrezuführen, und beschloß, diesen Plan mit Wort und Schrift zu bekämpfen und im Notfalle Wahlversammlungen nach Möglichkeit zu sprengen. Ebenso beschlossen die Sozialisten, die entschlossen sind, Terrorismus gegen das Bulyginsche Projekt anzuwenden.

Eine Palastrevolution?

Von einer drohenden Palastrevolution in Petersburg ist neuerdings die Rede. Die Russische Korrespondenz schreibt: „In der kaiserlichen Familie macht sich eine immer stärkere Unzufriedenheit mit dem Zaren bemerkbar, und speziell die Kaiserin-Mutter Maria Feodorowna soll auf eine Thronentsagung ihres Sohnes oder zum mindesten seine zeitweilige Zurückziehung von den Regierungsgeschäften hinarbeiten. Die Großfürstenclique unterstützt die ehrgeizige Frau, die selbst gern die Rolle einer Katharina spielen möchte. Es würde nicht viel Ueberredungskunst dazu gehören, Nikolaus zu dem zeitweiligen Verzicht zu bestimmen. Er hat, abgesehen von Stunden, in denen er plötzlich Anwandlungen eines entschlossenen Autokraten bekommt, selbst das Bewußtsein, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, und seiner Gemahlin gegenüber hat er häufig alles Ernstes den Wunsch ausgesprochen, die Rolle des Zaren mit der eines Klostervorstehers zu vertauschen. Wir würden diese Mitteilungen für zutreffend halten, auch wenn sie uns nicht von einer vorzüglich unterrichteten Stelle zugingen. Wahrscheinlich wäre schon längst eine Palastrevolution eingetreten, wenn man sich nur auf einen Nachfolger für den Mann einigen könnte, von dem seine kaiserlichen Verwandten genau so gut wie sein Hofstaat nur in den verächtlichsten Wendungen reden. Der Aspiranten sind zu viele und unter ihnen ist keiner, der sich vor den

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 166. Magdeburg, Mittwoch den 19. Juli 1905. 16. Jahrgang.

Fleischteurung.

Genosse Karski schreibt in der „Volkswirtschaftlichen Rundschau" der „Leipziger Volkszeitung":

Schon seit Wochen macht sich eine Fleischteurung in Deutschland bemerkbar, die selbst diejenige des Jahres 1902 ganz beträchtlich übertrifft. Nach der preußischen amtlichen „Statistischen Korrespondenz" zeigen die Fleischpreise in diesem Jahre folgende Bewegung: An den 23 Märkten in Preußen, für die Notierungen vorliegen, waren die Kleinhandelspreise im Durchschnitt pro 1 Kilogramm in Pfennigen:

	Rindfleisch von der Keule	Rindfleisch vom Bauche	Schweinefleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch
Januar	142	121	135	143	138
Februar	142	121	137	143	137
März	143	121	140	142	139
April	144	123	146	144	140
Mai	146	124	151	147	143
Juni	148	126	155	151	147

Da diese Notierungen sich auf die „Marktpreise" beziehen, so geben sie kein genaues Bild, denn die Steigerung in den Ladengeschäften ist im allgemeinen größer.

Die Kalamität trifft nicht nur Preußen, sondern in gleichem, wenn nicht noch höherem Maße andre deutsche Staaten. Auf den Hauptviehmärkten sind nach übereinstimmenden Berichten nicht nur die Preise gestiegen, sondern es herrscht allgemein Mangel an Schlachtvieh, die Metzger sind nicht in der Lage, den Bedarf zu decken.

Wie stets bei steigenden Preisen, erhebt sich ein anmutiger Streit zwischen Agrariern und Metzgern. Die Agrarier behaupten kurzerhand, die Metzger seien ganz allein schuld an der Teurung, denn die Viehpreise seien nicht gestiegen. Die letzte Behauptung ist nun eine dreiste Lüge. In Berlin z. B. wurden folgende Preise notiert: Für 100 Kilogramm Schlachtgewicht:

	Durchschnittspreise Juli 1905	1904	1903	1902
Vollfleischige Ochsen	140—148	141,5	138,9	131,7
Junge mäßige Ochsen	126—128	122,2	118,2	112,3
Vollfleischige Kühe	124—128	120,7	120,2	113,8
Mastkälber	162—170	161,1	162,0	153,9
Schweine 1. Qualität	130	102,0	103,7	122,8
Schweine 2. Qualität	126—128	98,0	99,7	118,8

Ganz ähnlich verhält es sich auf andern Märkten. Richtig bleibt bei der Behauptung der Agrarier nur, daß, wie gewöhnlich die Herren Ochsenmörder es verstehen, einen Extraprofit für sich herauszuschlagen, indem sie, wo irgend möglich, die Ladenpreise höher schrauben, als es durch die Viehpreise bedingt ist. Diese Praktiken sind indessen hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß eben Schlachtvieh nicht nur teuer, sondern vielfach überhaupt nicht zu haben ist. Die Sache stellt sich in groben Umrissen so: Bedarf der Markt 100 Ochsen, während nur 80 angetrieben sind, so wird vor allem der Preis am Viehmarkte steigen; allzu hoch allerdings kann er nicht getrieben werden, denn die Metzger wissen wohl, daß sie sich mit den Fleischpreisen in bestimmten Grenzen halten müssen; die 80 Ochsen werden gekauft und geschlachtet; dann zeigt es sich, daß der Bedarf nicht ganz gedeckt ist, und jetzt schlagen die Metzger den Preis auf. Wären 100 Ochsen am Markt gewesen zu erhöhten Preisen, so wäre der Fleischpreis genau im Verhältnis zum Viehpreis gestiegen, ein Extraaufschlag wäre infolge der Konkurrenz der Metzger untereinander nicht erfolgt. — Wenn also die Metzger die Preise „künstlich in die Höhe treiben", wie es die Agrarier behaupten, so nur deshalb, weil eben am Markt ein tatsächlicher Mangel an Schlachtvieh sich bemerkbar macht, was die Agrarier nicht wahr haben wollen, was dennoch durch die Marktberichte bewiesen wird.

Nun berufen sich die Agrarier stets darauf, daß die deutsche Landwirtschaft gewaltige Fortschritte in bezug auf Viehzucht macht, und behaupten, der Fleischbedarf könne aus dem Viehbestand gedeckt werden. Die Statistik besagt indessen etwas ganz andres. Es wurden 1900 in Deutschland 18 939 700 Stück Rindvieh gezählt gegen 17 55 800 im Jahre 1892; das ergibt einen Zuwachs von 7,7 Prozent. Die Bevölkerung ist aber in der gleichen Zeit um 9,8 Prozent gewachsen. Der Zuwachs an Rindvieh hat also mit der Vermehrung der Menschen nicht gleichen Schritt gehalten. Allerdings hat sich die Qualität gehoben: das Lebendgewicht ist größer. Anderseits aber besagt eine Zunahme um 7,7 Prozent bei Rindvieh noch nicht, daß tatsächlich die Stückzahl der unter normalen Umständen zum Schlachten bestimmten Tiere im gleichen Maße zugenommen hat; vielmehr bleibt der Zuwachs in dieser Beziehung hinter dem Gesamtzuwachs naturgemäß zurück. Von einer Deckung des Bedarfs ist also jedenfalls nicht die Rede. Dafür liegt auch ein neues kompetentes Urteil vor. Vor kurzem fand in München die 19. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft statt; in seinem Bericht über die Rindviehabteilung sagt der bayrische Landesinspektor für Tierzucht, Dr. Attinger, wörtlich folgendes:

> Die Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft hat den Beweis geliefert, daß auf dem Gebiete der Rinderzucht zwar bedeutende Fortschritte zu verzeichnen sind, daß aber die der deutschen Viehzucht zukommende Aufgabe, den inländischen Markt mit Vieh bester Qualität möglichst allein zu versorgen, noch ihrer Erledigung harrt.

Die Zahl der Schweine hat bedeutend zugenommen, nämlich um 38,8 Prozent. Daß aber der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden kann, beweist der fortdauernde Mangel an Zufuhr an den Märkten. Die deutsche Regierung hat sich denn auch, nachdem sie jahrelang die Einfuhr ganz zu unterbinden suchte, dazu bequemt, die Einfuhr von 80 000 Schweinen aus Oesterreich zu gestatten und das Kontingent der aus Rußland nach Oberschlesien einzuführenden Schweine von 70 000 auf 130 000 zu erhöhen. Diese Erleichterung tritt aber erst ein, wenn die neuen Handelsverträge in Kraft treten.

Der Mangel an Schlachtvieh ist also eine konstante Erscheinung; der Bedarf Deutschlands ist größer als die inländische Produktion, während die Zufuhr im Interesse der Agrarier künstlich erschwert ist. Es ist eine längst erwiesene und von der Regierung auch bereits zugestandene Tatsache, daß die Seuchengefahr nur ein Vorwand ist, daß die Verbote keinen andern Zweck haben, als die Konkurrenz des Auslands abzuwehren.

Wie erklärt sich nun die ganz anormale Steigerung der Fleischpreise in den letzten Wochen? Ausschlaggebend ist hier die ungenügende Heu- und Futterernte im vergangenen Jahre. Große Gebiete Deutschlands wurden von der anhaltenden Dürre des vergangenen Sommers getroffen, sowohl die Heuernte, als die Ernte der Futterrüben und Kartoffeln fiel schlecht aus. Die Landwirte mußten also ihren Viehstand reduzieren, es wurde Vieh im Herbst verkauft und es wurde der Bestand von Jungvieh reduziert. Naturgemäß fehlt daher jetzt das schlachtfähige Vieh am Markte.

Abzuhelfen ist dem Uebelstand sehr leicht, indem man die Grenzen für die Zufuhr frei gibt. Von Seuchengefahr ist keine Rede, da schon längst alle Vorkehrungen getroffen sind, daß das zum Schlachten eingeführte Vieh unter keinen Umständen Seuchen in die Dörfer schleppen kann, und da tatsächlich die Nachbargebiete Deutschlands zurzeit weniger unter Seuchen zu leiden haben als Deutschland selbst. Wenn die Regierung sich dieser Notwendigkeit verschließt, macht sie sich eines Verbrechens am Volkswohl schuldig.

Periodische Mißernten sind nun nicht zu vermeiden. Die Teurung, die wir zurzeit bestehen, ist keine Ausnahme. Trotzdem aber sind die deutschen Viehzölle erhöht worden! Wenn nächstes Jahr der neue Zolltarif in Kraft tritt, werden die Fleischpreise von neuem steigen und auch nicht mehr sinken. Wie lange wird sich das deutsche Volk diese Wirtschaft gefallen lassen? —

Aus der Parteibewegung.

Aus der polnischen sozialdemokratischen Partei ist der Polnisch-Sozialdemokratische Verein zu Hamburg-Altona ausgeschieden. Anlaß dazu gab das Verhalten der P. P. S. gegenüber der deutschen Sozialdemokratie. Auch hervorragende Einzelmitglieder billigen dies Verhalten nicht und erachten es für durchaus notwendig, mit der deutschen Sozialdemokratie Hand in Hand zu gehen. Nachdem schon vor einiger Zeit der Genosse Berfus seinen Austritt aus der polnischen Partei erklärt hatte, ist nun auch der Gründer der P. P. S., der Genosse Merkowski-Berlin, diesem Beispiele gefolgt. Er hat von diesem Schritte auch dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Kenntnis gegeben. —

Für die Opfer des russischen Befreiungskampfes wird das Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei für den 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreis weitere 5000 Mark zur Absendung bringen. Am Sonntag fand in Leipzig eine große Versammlung statt, in der Frau Zetkin über die russische Revolution referierte. Die Versammlung nahm einen imposanten Verlauf und endete mit Annahme einer Sympathie-Resolution für die russischen Revolutionäre, die den Scharfmachern schwer im Magen liegt. —

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Doktor Ohlhoffs Geheimnis.

Roman von Friedrich Thieme.

(4. Fortsetzung.)

Die alte Dame war Rekonvaleszentin und durfte das Haus noch nicht verlassen.

„Unsinn, Du sollst Dir wohl noch etwas an den Hals holen," räsonierte der Rat. „Wäre der Mühe wert. Kenne derartige Affären schon zur Genüge. Hast mir's auch als junge Frau ein paarmal so gemacht, wenn ich mich verspätete. Guten Abend, Mammchen, mach' Dir keine Sorgen um die Kinder, die Sache löst sich in Wohlgefallen auf, ehe eine halbe Stunde vergeht."

Mürrisch pustete der Regierungsrat, in seinen Pelz gehüllt und die warme Nerzmütze tief über die Ohren gezogen, an Bertas Seite dahin; der alte Herr war etwas asthmatisch, und die Nachtluft war seiner Gesundheit nicht zuträglich. Seine Tochter wußte das, wie er sich ärgerlich sagte, trotzdem jagte sie ihn ohne Not — davon war er fest überzeugt — in das wahrhaft schändliche Wetter hinaus. „Werde morgen einen schönen Anfall haben," brummte der sonst so gutmütige Mann übelgelaunt; wie er sich aber seiner ihm mit blassem, verstörtem Antlitz entgegenfliegenden Tochter gegenübersah und ihre fieberhafte Aufregung, ihre Tränen und ihren Kummer gewahrte, da schmolz sein leichter Unwille dahin, er schloß die Bekümmerte zärtlich in seine Arme und raunte ihr mit zärtlicher Stimme zu: „Mein liebes Kind, warum ängstigst Du Dich nur so? Der Doktor ist doch ein Mann, der weiß, was er tut. Was soll einem solchen Manne wohl zustoßen? Nur keine Sorge, Sophie."

Die unglückliche Frau zog ihn mit sich in das Wohnzimmer.

„Papa, ihm ist ein Unglück geschehen — ich ahne es! So lange hat er mich niemals in Sorgen und Angst gelassen. O lieber Papa, was sollen wir tun?"

„Ja, Kind, tun? Was soll man denn abends um elf Uhr tun? Da läßt sich vor der Hand gar nichts anfangen, als geduldig warten. Die Sache liegt ganz klar. Dein Mann ist auf dem Wege zum Cafee irgendwohin gerufen worden, vielleicht zu einer eiligen Entbindung, bei der Gefahr im Verzuge war. Seine Gewissenhaftigkeit gestattete ihm nicht, erst noch einmal nach Hause zu laufen, um Dich zu informieren, er hoffte, unterwegs oder an Ort und Stelle eine Gelegenheit zu erhalten. Seine Tätigkeit dort zog sich in die Länge, er hatte erst geglaubt, zum Abendbrot oder etwas später zurück sein zu können, nun vergeht eine halbe Stunde nach der andern, immer denkt er, nun gleich fertig zu sein und kommt doch nicht fort. Und einen Boten hat er nicht zur Hand. So ist es, verlaß Dich darauf."

„Papa hat gewiß recht, Sophie, stimmte Melanie bei. „So stelle ich mir den Hergang auch vor."

Sophie warf sich wieder auf ihr Sofa und schluchzte, ihre Herzensangst war zu groß. Ungestüm sprang sie empor, rannte nach dem Fenster, spähte hinaus — dann schaute sie nach der Uhr, sank wieder auf das Sofa, ging wieder nach dem Fenster — und so fort in fieberhafter Unruhe, in tödlicher Qual.

Die Mitternacht brach an — noch immer kein Doktor! Weiter schritt die Nacht ihren Gang, regelmäßig und achtlos wie immer. Was gehen Schmerz oder Lust sie an? Sie deckt beide gleichgültig mit ihren schwarzen Fittichen zu, sie leiht dem Diebe, dem Verbrecher ihren Schutz, sie dient dem Verrat, sie begünstigt die Liebe, was kümmert sie alles Treiben und Beginnen der Menschen? Eine schreckliche Nacht war es für die arme Sophie, für Melanie und ihren Vater. Unruhig schritt der alte Herr bald auf und ab, bald sank er todmüde in den Lehnstuhl zurück, nur wenige Minuten der Natur seinen Zoll zu entrichten. Melanie saß auf dem Sofa, die weinende Schwester umfaßt haltend, welche in gräßlicher Verzweiflung immer und immer wieder nach dem Fenster lief, an der Tür horchte, hinaus auf den Vorsaal oder an die Treppe ging, dann wieder zum Sofa zurückkehrte und sich aufschreiend an die Brust ihrer Schwester warf.

Beide, Vater und Schwester, hatten jetzt selber kein Trostwort mehr.

Gewiß, irgend etwas Besonderes mußte geschehen sein, daran durfte man wohl keinen Zweifel mehr hegen. Was aber, das konnte man nicht einmal vermuten. Vielleicht irgend ein Unglück, vielleicht war der arme Mann irgendwo zusammengebrochen oder in der Dunkelheit überfahren worden.

„Der Arme, Arme! Gewiß liegt er frierend und blutend draußen in der kalten Nacht!" stöhnte die junge Frau mit gerungenen Händen. „Und ich bin hier und kann ihm nicht helfen. O mein Gott, mein Gott, warum quälst du die Menschen so!"

Noch einmal wollte sie auch forteilen, um ihn aufzusuchen, mit Gewalt hielten ihre Angehörigen sie zurück. Die vor Schmerz fast Sinnlose wollte sich nicht beschwichtigen lassen, sie rang förmlich mit ihnen, ihre Brust wogte wild auf und nieder, ihr Gesicht glühte, ihre Augen leuchteten in fieberhaftem Glanz. Sie zogen sie mit sanfter Gewalt auf ihren Platz hin, dort brach sie zusammen, ohnmächtig vor Erschöpfung, vor Aufregung, vor Kummer! Wie gebrochen saß sie dann lange in sich zusammengesunken. Der Regierungsrat stand neben ihr, hielt ihre Hand in der seinen.

„Sei mutig und stark, mein Kind. Es wäre Torheit, sich verbergen zu wollen, daß etwas Außerordentliches geschehen sein muß —, wenn der Himmel etwas Schreckliches über Dich verhängt hat, so wappne Dich mit Kraft, mit Geduld, mit Ergebung! Denke, daß wir nicht die Meister unsres Schicksals sind, daß es uns herumwirft wie der Ozean einen Kahn, hierher, dorthin, nach seinem Willen, nicht nach dem unsern. Alle Hoffnung dürfen wir ja immer noch nicht aufgeben, noch ist ja eine bessere Lösung möglich als wir denken. Dein Mann kann von einem Unwohlsein befallen worden sein, man hat ihn aufgenommen und in ein Haus oder Spital gebracht, er ist nicht imstande, seinen Namen zu nennen — oder es ist vielleicht noch nicht einmal so schlimm. Verzweifle nicht, Sophie, der Morgen wird Dir Licht und Trost in die Seele gießen!"

Der Morgen . . .

Die Sonne ging nicht auf, grauschwarze Wolken verhüllten sie, Wolken gleich phantastischen Tiergestalten, als wenn sie in Wirklichkeit das Wild wären, hinter dem der Wind auf der Jagd war. Der Morgen kam, aber nicht in der Tat, nur dem Begriff nach, die Uhr zeigte ihn an, nicht das Licht. Langsam verfolgte er seinen Pfad, wie die Nacht — noch immer weilten der alte Herr und Melanie bei der Unglücklichen.

Die Alabasteruhr verkündete die zehnte Vormittagsstunde — und Doktor Ohlhoff war noch immer nicht zurückgekehrt.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Die Zimmerer in Osterwieck gründeten am 21. Mai eine Zahlstelle des Deutschen Zimmererverbandes, die aber dem Zimmermeister Witte wenig Freude machte. Er maßregelte eine Anzahl Zimmerer, weil sie dem Verband angehörten. Als ihn einer von diesen fragte, weshalb er, Witte, denn im Unternehmerverband sei, erhielt er zur Antwort: „Das ist meine Sache, ich dulde keine Verbandsmitglieder auf meinem Platze.“ Wie sich nun herausstellt, hat der Witte alle Ursache, die Tätigkeit des Verbandes zu fürchten. Er hat nämlich kein Geld, um die rückständigen Löhne zu bezahlen, die sich auf insgesamt 1300 (?) Mark belaufen und ist jetzt verklagt worden. Die Zimmerer werden gebeten, Osterwieck zu meiden, bis die Differenzen erledigt sind. Besonders sei darauf hingewiesen, daß Witte auch viel auswärtige Arbeit zu erledigen hat. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht. —

Die Hafenarbeiter in Aken sind, wie bekannt, ausgesperrt. Man will jetzt den Gemeinderat interpellieren, um Herrn Placke Gelegenheit zu geben, sein sozialpolitisches Pogramm, das er bei allen Wahlen hervorholt, in der Praxis anzuwenden. Die Akener Hafen- und Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft sucht jetzt Arbeitswillige auch in Magdeburg. Die Hafenarbeiter mögen auf der Hut sein. —

In der Pianofortefabrik von Bretschneider, Leipzig, ist es zum Ausstand gekommen. Die Firma sucht Arbeitswillige in auswärtigen Zeitungen. —

Die Breslauer Maschinenarbeiter sind ausgesperrt worden. Sie hatten von der Unternehmervereinigung den Neunstundentag und eine geringfügige Lohnerhöhung verlangt. Unabhängig von dieser Lohnbewegung war es nun in einem Betriebe zur Arbeitseinstellung gekommen, worauf die Unternehmer sofortige Wiederaufnahme der Arbeit verlangten, da es sonst zur Aussperrung komme. Da die Arbeit nicht wieder aufgenommen wurde, erfolgte denn auch am Sonnabend tatsächlich in 22 Betrieben die Aussperrung von 215 Maschinenarbeitern, die nun von den Ausgesperrten durch Aufstellung von Forderungen beantwortet wird. Breslau ist für Tischler und Maschinenarbeiter gesperrt. —

Die ausgesperrten Bauarbeiter in München lehnten die Einigungsvorschläge ab, die vom Gewerbegericht gemacht wurden. Der Kampf wird jetzt schärfere Formen annehmen, da der Scharfmacher-Verband drohte, falls die „Einigungs“vorschläge nicht angenommen werden sollten, weitere Arbeiter ausgesperrt werden. Bis jetzt sind zirka 5000 Bauarbeiter ausgesperrt oder durch die Materialsperre in Mitleidenschaft gezogen. Durch die über München generell beschlossene Materialsperre sind die Unternehmer nun gezwungen, auch die unorganisierten Arbeiter auf das Pflaster zu werfen. Dagegen steht aber die Tatsache fest, daß in einigen Gewerben gerade jene Unternehmer, die ihre Herren Kollegen mit allen erlaubten und nicht erlaubten Mitteln zur Aussperrung zwingen, mit Material versehen (!) sind und mit einem Stamm Getreuer weiter arbeiten.

Die Situation ist für die Ausgesperrten zurzeit günstig wie noch nie. Verschiedene Bauten, darunter mehrere Schulhäuser, müssen bis zum Herbst fix und fertig sein. —

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Im neuen Gewerkschaftshaus zu Barleben tagte am Sonntag nachmittag die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den genannten Wahlkreis. Außer den aus vielen Ortschaften zahlreich erschienenen Parteigenossen waren als Gäste anwesend die Genossen Tielsch, Henning und Berger von der Landagitationskommission, außerdem der Kandidat des Kreises, Genosse Nitsch.

Eingeleitet wurden die Verhandlungen durch einen stimmungsvollen Gesang der anwesenden Arbeitersänger. Nachdem Gen. Ludwig-Olvenstedt um 3¼ Uhr die Generalversammlung eröffnet hatte, nahm der Arbeitersekretär Gen. Holzapfel-Magdeburg das Wort zu seinem Vortrage über den Entwurf zum neuen Organisationsstatut. Redner erörterte in längerer Rede die Entwicklung der Organisation und erläutert an der Hand der einzelnen Paragraphen das neue Statut. Zu einer längeren Debatte gab der § 3 des Entwurfs Veranlassung.

Auf Antrag des Gen. Böttcher-Olvenstedt erklärt sich die Generalversammlung mit den von den Magdeburger Genossen getroffenen Aenderungen, die Zusammensetzung des Schiedsgerichts betreffend, ebenfalls einverstanden. Ein Abstimmung über den gesamten Entwurf fand nicht statt, da voraussichtlich auf dem Parteitag doch noch einige Aenderungen vorgenommen würden.

Unsachlich und zum Teil persönlich gestaltete sich die Diskussion über den 2. Punkt der Tagesordnung: Der Parteitag zu Jena und Wahl eines Delegierten zu demselben. Gen. Ludwig teilt eingangs mit, daß pekuniäre Schwierigkeiten für die Beschickung des Parteitags nicht vorhanden seien.

Gen. Herbst ist gegen eine Beschickung aus Sparsamkeitsrücksichten.

Als Genosse Brüggemann-Olvenstedt die Ursache angibt, weshalb der bisherige Vertreter des Kreises nicht delegiert werden könne, und deshalb den Genossen Fricke-Olvenstedt als einen geeigneten Vertreter vorschlägt, entsteht eine auffällige Unruhe. Nachdem die Genossen Hoppe-Olvenstedt und Nitsch-Magdeburg für die Beschickung durch einen Delegierten eintraten, macht Genosse Höding-Olvenstedt den Vorschlag, das Geld für die Delegation lieber den russischen Revolutionären zu überweisen.

Genosse Stephan-Barleben meint, das Geld solle lieber für eine allgemeine Agitationstour im Kreise verwandt werden, da man mit Parteitagsbeschlüssen keine Wahlkreise erobern könne.

Genosse Sommer-Barleben bedauert, daß die frühere Kreiskonferenz aus pekuniären Gründen von einer Kalenderverbreitung Abstand genommen habe, um das Geld für die Beschickung des Parteitags zu erübrigen. Redner wünscht, daß wenigstens ein Flugblatt im Kreise zur Verteilung gelangen soll. Auf demselben Standpunkt steht Genosse Bernick-Dahlenwarsleben.

Genosse Böttcher-Olvenstedt bekämpft diese Anschauungen und bezeichnet sie als kleinlich.

Die Debatte wird immer erregter. Ein Schlußantrag wird mit großer Majorität abgelehnt.

Genosse Ehrlich-Olvenstedt war auch erst gegen eine Beschickung. In Anbetracht der weltgeschichtlichen Ereignisse, die sich in letzter Zeit abgespielt haben und die in Jena sicher zur Erörterung kommen, ist Redner für eine Delegation.

Genosse Henning-Magdeburg gibt in längeren Ausführungen ein Resümee über die in der Diskussion zutage getretenen Gesichtspunkte. Bei aller Sympathie für die russische revolutionäre Bewegung dürfen unsre eigenen Angelegenheiten nicht zurückgestellt werden. Wer 20 Pfg. für seine Organisation übrig hat, muß auch noch 20 Pfg. für die kämpfenden russischen Arbeiter übrig haben.

Nach einer weiteren, zum Teil recht erregten Diskussion wurde schließlich mit großer Majorität beschlossen, den Parteitag durch einen Delegierten zu beschicken.

Vorgeschlagen werden die Genossen Fricke-Olvenstedt, Sommer-Barleben und Pilz-Schnarsleben. Nach der Abstimmung über Fricke, für den sich 36 Hände erhoben, lehnten Sommer und Pilz zugunsten Frickes ab. Fricke ist somit gewählt.

Die Art, wie ein Teil der Versammlung das Resultat entgegennahm, gab den Genossen Holzapfel und Nitsch Gelegenheit, das Gebaren einzelner auf das schärfste zu verurteilen.

Nachdem im Punkt „Verschiedenes“ dem Vorstand die Ausarbeitung resp. Verbreitung eines Flugblatts anheimgestellt war, wurde die Versammlung um 6¾ Uhr vom Genossen Ludwig mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. —

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Die diesjährige ordentliche **Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins** findet am 20. August im Teiknerschen Lokale in **Altenplathow** statt. Beginn 11 Uhr vormittags.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Kassenbericht.
3. Bericht der Delegierten über die Tätigkeit der örtlichen Verwaltungen.
4. Anträge zum Parteitag und Beschlußfassung bezüglich der Beschickung desselben.
5. Organisation, Agitation und Presse.
6. Erledigung der eingegangenen Anträge.
7. Reichstagskandidatur.
8. Vorstandswahlen.

Die Parteigenossen werden ersucht, die Delegiertenwahlen entsprechend dem Statut und dem Mitgliederbestande des am 1. Juli abgeschlossenen Quartals vorzunehmen. Anträge zur Generalversammlung müssen bis zum 12. August dem Unterzeichneten eingesandt werden.

Der Zentralvorstand. J. A.: G. Stollberg.

Dodendorf, 18. Juli. (Vom Blitz erschlagen.) Bei dem Unwetter, das kürzlich unsre Gegend heimsuchte, wurde der Feldwächter Wachowski von einem Blitz, der in seinen Schäferkarren schlug, getötet. —

Aschersleben, 15. Juli. (Stadtverordnetensitzung.) Gegen den in der Versammlung vom 16. August v. J. gefaßten Beschluß betreffend Festlegung der Baufluchtlinie für die Ostseite der Luisenpromenade ist seitens des Regierungspräsidenten Einspruch erhoben worden. Die Versammlung beschließt gemäß den vorgeschriebenen Abänderungen. Hierbei erklärte Stadtv. Bamberger, die Angelegenheit müsse vertagt werden, da den Mitgliedern der Versammlung durch die Mitteilung des Vorsitzenden nicht genügende Klarheit in der Sache gegeben sei und es ihnen nicht zugemutet werden könne, die Beschlüsse der Kommission einfach gutzuheißen. Weiter wird der Fluchtlinienplan für den Hohlweg an dem sog. Karrweg mit der Maßgabe genehmigt, daß der Magistrat hierbei die von den Anliegern eingereichte Petition berücksichtige. Auch hier beantragte Stadtv. Bamberger unter der gleichen Motivierung wie zuerst Vertagung. — Das hiesige Krankenhaus entspricht nicht mehr allen Anforderungen, weshalb Räume mit zur Verwendung genommen wurden, die der Kreisarzt Dr. Tampke-Quedlinburg als unbrauchbar erklärt hat. Es soll deshalb die Errichtung einer zerlegbaren Baracke vorgenommen werden. Stadtv. Greiner führt aus, daß unter diesen Umständen die Errichtung eines neuen Krankenhauses gebotener erscheine, zumal die Lage des jetzigen Krankenhauses keine geeignete zu nennen sei. Der Oberbürgermeister stellt in Aussicht, daß bereits in diesem Jahre mit dem Ankauf eines geeigneten Bauplatzes begonnen werden soll. Der Ankauf der Gasanstalt bringt, da deren Leistungsfähigkeit für später nicht ausreicht, die Notwendigkeit eines Erweiterungsbaus mit sich, wozu seitens des Stadtbaurats Voß in Quedlinburg Zeichnungen und Kostenanschläge angefertigt werden sollen. Die Mittel hierzu werden bewilligt; deren Höhe jedoch nicht bestimmt festgelegt, da für die Herstellung von Zeichnungen neue Methoden eingeführt worden sind. — Herr Zeichenlehrer Schneider, welcher augenblicklich einen Kursus bei der Lehrerschaft in Halberstadt abhält, will diesen Kursus für die hiesigen Lehrer gleichfalls übernehmen. Die Kosten im Betrage von 400 Mark werden bewilligt. Ebenso sollen drei Zeichenlehrer an den gewerblichen Fachschulen in Magdeburg durch den Regierungspräsidenten berufen werden. Die hierdurch entstehenden Vertretungskosten bewilligt die Versammlung. — Nachdem die provisorische Hilfsschule für Schwachbegabte gute Erfolge gezeitigt, beantragt der Magistrat, diese Schule als eine dauernde Einrichtung bestehen zu lassen, wobei der Lehrer unter Erhöhung seines Grundgehalts um 300 Mark angestellt werden soll. Die Versammlung beschließt demgemäß. — Zur Ausbildung eines Stadtschutzmanns in der Polizeischule in Halberstadt werden 200 Mark gefordert. Oberbürgermeister Michaelis begründet den Antrag damit, daß für die Gendarmen derartige Schulen schon länger beständen und anerkannt worden sind. Stadtv. Greiner erklärt sich im Prinzip für den Antrag, zumal das Vorhandensein der Vorbildung, welche zur Ausübung des kommunalen Dienstes erforderlich ist, durch Aushändigung eines Zivilversorgungsscheins nicht bewiesen wird. Auch erkennt Redner die vom Regierungspräsidenten ausgesprochene Beurteilung über die Fähigkeiten der Beamten als dürftige an, muß aber mit Rücksicht über die hiesigen Polizeiverhältnisse, wie dieselben im „Tageblatt“ geschildert sind (es wird dort gesagt, daß von 23 Beamten nur 10 im Außendienst tätig sind), Bedenken dahin äußern, daß die in der Schule zu erlangende Ausbildung nicht für Beamte im Innendienst sondern für den Außendienst von Wert sind. Redner wünscht Aufklärung. Oberbürgermeister Michaelis erklärt die gemacht Mitteilungen für übertrieben und will das Fehlen der Beamten mit Suspension und Krankheit der Beamten zurückführen. Im übrigen erklärt der Oberbürgermeister, man solle auf die Anzapfungen der Presse nicht so viel Gewicht legen. (Diese Auffassung dürfte als keine glückliche zur Beurteilung des Artikels anzusehen sein. D. B.) Stadtv. Greiner hält seine Bedenken trotz dieser Erklärung aufrecht und hält es nicht für angebracht, zwei Beamte (der Antrag wurde während der Sitzung dahin erweitert) dem Dienst zu entziehen. Die Summe von 200 Mark wird bewilligt. Gleichzeitig soll die weitere Anstellung des betreffenden Beamten mit der Motivierung erfolgen, daß falls derselbe vor Ablauf von 3 Jahren seinen Dienst verläßt, der Betrag prozentual zurückzuzahlen ist. —

Atzendorf, 18. Juli. (Eine Besprechung) betreffend den Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ fand hier am 16. Juli im Lokal

---

Die Entwicklung der Produktionsweisen.

Von Georg Wizorowski.

IV.

Altgermanische Produktionsweise.

Auch die alten Deutschen (Germanen) haben zuerst eine kommunistische Verfassung gehabt, wie alle ursprünglichen Völker. Zur Zeit ihres geschichtlichen Bekanntwerdens, ungefähr 400 Jahre v. Chr., wiesen sie noch sehr starke Reste davon auf, namentlich die Organisation in Geschlechtsverbänden (Genies). Mehr und mehr werden sie seßhaft und wenden sich dem Ackerbau zu. Nun lassen sie allmählich die Organisation nach Geschlechtsverbänden verfallen, weil die Organisation auf Grundlage des nunmehr entstehenden festen Wohnsitzes die zweckmäßigere, ja die einzig mögliche wird. Allerdings bilden die Genies, da sie sich zusammen niedergelassen haben, den Kern auch dieser neuen Organisation. Aber noch lange bleiben Reste des Kommunismus haften. So zeigt sich bei ihnen besondere Wertschätzung der Frauen als Ueberbleibsel aus der noch nicht weit zurückliegenden Zeit des Mutterrechts. Die Einzelehe aber war bereits strikte durchgeführt und wurde sehr heilig gehalten.*) Auch hatte sich damals schon, allerdings in beschränktem Maße, Privateigentum sowie Adel und Fürstentum entwickelt. Indessen war die fürstliche Gewalt eine eng begrenzte und trat fast nur im Kriege, aus dem sie hervorgegangen war, in Erscheinung. Ebenso verhielt es sich mit den Vorrechten des Adels. Im Frieden herrschte noch vollständige Demokratie.

Das ganze Volk teilte sich nach der Seßhaftwerdung in eine Anzahl politisch selbständiger Stämme, die miteinander Bündnisse abschlossen aber sich auch vielfach befehdeten. Jeder Stamm teilte sich in Gaue und jeder Gau war aus einer Anzahl von Gemeinden zusammengesetzt, die aber keine geschlossenen Dörfer bildeten. Ueberall stand ein Vorsteher an der Spitze, der aus den hervorragenden Geschlechtern, dem Adel, gewählt wurde und dessen Machtbefugnisse nur geringfügig waren. Die alten Deutschen hielten sehr viel auf Selbständigkeit und Freiheit und sie ordneten und erledigten alle ihre öffentlichen Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen, in denen jeder freie und wehrfähige Mann Sitz und Stimme hatte. Je nachdem es sich um Gemeinde-, Gau- oder Stammesangelegenheiten handelte, fanden Gemeinde-, Gau- oder Stammesversammlungen statt. In diesen Versammlungen sprachen sie selbst auch Recht und beschlossen über Krieg und Frieden. Ihre Produktion beruhte hauptsächlich auf Viehzucht, Jagd und mäßigem Ackerbau. Das Land war waldig und nur dünn bevölkert, zum Teil war es wegen ausgedehnter Sümpfe überhaupt nicht benützbar.

Auf dem Boden dieser wirtschaftlichen Verhältnisse waren die Anschauungen der alten Deutschen über das Eigentum erwachsen. Haus, Vieh, Gerätschaften, Waffen, persönliche Gebrauchsgegenstände waren Privateigentum, Grund und Boden hingegen nicht. Die Jagd und die in Weidewirtschaft betriebene Viehzucht, ebenso der Fischfang und der Holzbedarf bedingten an sich das Gemeineigentum an Wald, Weide, Wasser. Aber auch das Ackerland war noch Gemeineigentum, es gehörte der Gemeinde. Jedem Hausvater wurde in den verschiedenen Lagen je ein Stück Ackerland zugewiesen, das er für sich bebaute und dessen Ertrag ihm allein gehörte. Das in einem Jahr bebaute Land blieb dann ein oder mehrere Jahre brach liegen und wurde als Weide benutzt. Dafür wurde alte Brache wieder in Anbau genommen. Die damalige Landwirtschaft vermochte noch nicht, Jahr für Jahr aus demselben Acker Frucht zu ziehen. Die Ackerwirtschaft beanspruchte demnach viel Grund und Boden, mehr aber noch die Weidewirtschaft. Sehr häufig, nämlich jedes Jahr, wurden die Ackerstücke gewechselt. Neu heranwachsenden Männern wurde aus dem reichlich vorhandenen Gemeindeland ein Stück zugeteilt, das in der Regel erst gerodet und urbar gemacht werden mußte. So wie jede Gemeinde noch große Flächen nicht urbar gemachten Landes besaß, so war dies auch, und in größerem Maßstabe, mit den Gauen und Stämmen der Fall.

Diese Gemeinsamkeit des Besitzes an Grund und Boden war die große wirtschaftliche Macht, welche die Stämme, Gaue und Gemeinden zusammenhielt und welche ihr lebhaftestes Interesse bildete. Am meisten gilt dies für die Gemeinden, die ohne dieses Gemeineigentum nicht hätten existieren können und von dem auch die Bezeichnung Gemeinde herrühren mag. Das Stamm- und Gauland wurde von den Fürsten als den Vertretern des Volkes später in Besitz genommen oder zur Dotierung von Würdenträgern, Beamten, der Kirche verwendet. Aber über die Erhaltung des Gemeindeeigentums wachten die Gemeindemitglieder eifersüchtig, und nur unter Aufbietung von viel Gewalt, List und Betrug ist es nachher gelungen, es ihnen teilweise zu entreißen. Erst die vollständig veränderte Wirtschaftsweise der Neuzeit hat im 19. Jahrhundert den Gemeindebesitz durch die Separation zur Aufteilung gebracht, geringe Reste davon bestehen auch heute noch. Für viele Jahrhunderte ist der Gemeindebesitz an Wald und Weide ein unabweisbares Erfordernis des bäuerlichen Betriebes gewesen, in jenen fernen Zeiten aber gehörte die gesamte Feldmark (Mark = Grenze) einschließlich des Ackerlandes der Gemeinde, und die Mitglieder einer Gemeinde bildeten zusammen die Markgenossenschaft, eine starke und trotzige Gesellschaft, die aus der Gemeinsamkeit des Besitzes und der Interessen erhebliche Kraft gewann und den Uebergriffen der Mächtigen nicht leicht unterlegen ist.

Die Produktion jener Zeit war eine rein bäuerliche. Jeder Bauerhof und jeder Edelhof erzeugte selbst, was er gebrauchte und konnte nur verbrauchen, was er erzeugt hatte. Spinnen und Weben beispielsweise gehörte mit zu den Hausarbeiten. Gewerbe gab es mit Ausnahme der Waffenschmiede kaum, aber Tauschhandel mit fremden, besonders römischen Kaufleuten. Geld war so gut wie unbekannt. Es herrschte vollständige Naturalwirtschaft, d. h. Eigenproduktion zum Selbstverbrauch auf bäuerlicher Grundlage mit Gemeineigentum an Grund und Boden.

So ungefähr zeigten sich die alten Deutschen in wirtschaftlicher Beziehung, als die Wirrnisse ihrer fortgesetzten Zusammenstöße mit den Römern und der Völkerwanderung überwunden waren und sie aus dem steten Hin- und Herziehen wieder zu festen Wohnsitzen gelangt waren.

Sie hatten im römischen Reiche, das sie zertrümmerten, römische Kultur und römischen Ackerbau kennen gelernt und etwas davon angenommen. Anderseits haben sie ihr System der Markgenossenschaft nach Italien verpflanzt und damit dem dortigen grenzenlosen Elend gesteuert. Die Kirche brauchte nun nicht mehr eine so ausgiebige Armenpflege zu üben und ihre Güter, die bisher Gut der Armen in Händen der Kirche gewesen waren, wurden mehr und mehr ihr eigenstes Besitztum. Sie wurde der größte Grundbesitzer.

Im heutigen Frankreich bildete der deutsche Stamm der Franken mit den Ureinwohnern und den zahlreichen römischen Ansiedlern den ersten deutschen Staat, mit einem König an der Spitze. Dieser Staat griff über den Rhein hinaus und dehnte seine Oberhoheit auf alles deutsche Gebiet bis zur Elbe hin aus. Es entstand das erste deutsche Kaiserreich, und die von den Frankenkönigen geschaffenen Einrichtungen wurden auf das eigentliche Deutschland übertragen. Besonders hatte sich die Stellung der Fürsten und des Adels befestigt. Eine scharfe Trennung zwischen dem Edelmann und dem Bauern war vollzogen, die Scheidung in Klassen war mit aller Deutlichkeit eingetreten. Die im König verkörperte Staatsgewalt riß mehr und mehr das Regieren an sich und der gemeine Mann wurde mehr und mehr von den öffentlichen Geschäften ausgeschlossen. Die Stellvertreter des Königs, die Grafen, waren mit ausgedehnten Ländereien aus dem Ueberfluß an Stammes- und Gau-Eigentum ausgestattet worden. Ebenso die christliche Kirche, die nach und nach bei den Deutschen Wurzel gefaßt hatte. In entsprechendem Maße waren die Barone und sonstigen Adligen mit Land bedacht worden. Sie alle hatten obrigkeitliche Funktionen zu erfüllen und ihre Besoldung konnte damals nicht in andrer Weise erfolgen, als durch Zuteilung von Land, das als Lehen gegeben wurde.

Die Abgaben der Bauern, die sie zum Unterhalt der Obrigkeit und der Kirche zu leisten hatten, bestanden — bei der damaligen Naturalwirtschaft konnte das nicht anders sein — in Naturalien und in Arbeit, die sie auf den Gütern der Edelleute und der Kirche verrichten mußten. Außerdem hatten sie im Falle eines Krieges

---

*) In diesem Punkt überschätzt der Verfasser die Germanen. Diese kannten das Institut der Kebsweiber für die Vornehmen sehr gut, und was von der „Verehrung der Frauen“ berichtet wird, gründet sich meistens auf Tacitus, der aber kein einwandfreier Zeuge ist. Er färbte beträchtlich, weil er den ausschweifenden Römern in den Germanen eine Art von Idealvolk schildern wollte. Die Red.

der Witwe Wittenberg statt. Seit einigen Jahren hatte der Bund hier nur zwei Einzelmitglieder. Am Sonntag meldeten sich gleich 16 neue Mitglieder an. Zweimal in der Woche sollen Uebungsfahrten und an jedem Sonntag eine Versammlung abgehalten werden. — Am nächsten Sonntag wollen einige radfahrende Genossen von hier in Unseburg für den Bergarbeiterverband ein Flugblatt verbreiten. —

Atzendorf, 18. Juli. (Ueber die niedrigen Löhne) haben sich die französischen Herren, die kürzlich die Feldflur der Firma Köhne, Lücke u. Böckelmann besichtigten, wohl kaum Auskunft geben lassen. Und doch werden die Arbeiter dieser Firma, die jahrein, jahraus große Ueberschüsse macht, miserabel entlohnt. Es werden jedem Arbeiter, der einen Morgen Kartoffelacker bekommen hat, 7 Mark, und bei einem halben Morgen 6 Mark wöchentlich abgezogen. Dann bleibt den Arbeitern, die gut verdienen, ein Restlohn von 4—6 Mark die Mehrzahl bekommt aber nur 2—3 Mark heraus. Damit soll dann die Familie ernährt werden. Könnten denn die Lohnverhältnisse der Arbeiter bei den guten finanziellen Ergebnissen des Betriebes nicht auch etwas gebessert werden? Aber daran ist vor der Hand gar nicht zu denken, weil die Arbeiter nicht den richtigen Weg einschlagen. Bei der letzten Reichstagswahl haben sie größtenteils ihre Stimmen für den Mittelstand und den Major Blacke abgegeben. Gerade in dem Wahllokal, in dem die Arbeiter der Firma zu wählen hatten, erhielt unser Reichstagskandidat Genosse Albrecht die wenigsten Stimmen. Wenn die Arbeiter nicht einsehen, daß sie sich an die andre Arbeiterschaft anschließen, daß sie sich organisieren müssen, dann werden die erbärmlichen, elenden Löhne nicht gebessert werden. Aber auch bei ihnen wird sich noch der Gedanke Bahn brechen, daß nur Einigkeit stark macht. Und dann wird eine neue Zeit für die Arbeiter anbrechen. —

Borne, 18. Juli. (Immer mehr Warnungstafeln) werden in unsrer Gemeinde angebracht. Fast jeden Platz und jeden Fußsteig ziert eine solche, die das Verbot des Betretens enthält. Die Bevormundung des Staatsbürgers nimmt immer größeren Umfang an. Häufig bestehen diese Verbote gar nicht zu Recht, wie erst kürzlich von den „verbotenen" Wegen im Harz mitgeteilt werden konnte. —

Calbe a. S., 18. Juli. (Ein schwerer Unfall) ereignete sich am Montag früh am Beckerschen Neubau (Schloßstraße). Der Maurer C. Müller aus Trabitz stürzte aus der obersten Etage herunter, wobei er sich innere Verletzungen zuzog. Er mußte dem hiesigen Krankenhause zugeführt werden. —

Gardelegen, 17. Juli. (Zu Tode geschleift.) In dem benachbarten Dorfe Estedt wurde heute ein 14jähriger Hütejunge von zwei Fohlen auf dem Wege zur Weide totgeschleift und furchtbar verstümmelt. —

Gommern, 18. Juli. (Eine öffentliche Volksversammlung) fand am 15. Juli im Saale des Herrn Bollmann statt. Frau Jeetze-Nixdorf-Berlin referierte über „Der Kampf ums Dasein". Rednerin entledigte sich ihrer Aufgabe in einem 1½ Stunden währenden, interessanten, fesselnden Vortrag. Nachdem noch einige Genossen in die Diskussion eingegriffen hatten, erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung. —

Gommern, 17. Juli. (Eine rohe Tat) begingen am Sonntag abend die Insassen eines Omnibusses aus Magdeburg, die von einem Ausflug zurückkehrten. Auf dem Calenberger Wege statteten sie der dortigen Kirschallee einen Besuch ab. Als der Pächter hinzukam und sie deshalb zur Rede stellte, fielen sie ohne weiteres über ihn und zwei sich in seiner Begleitung befindende Freunde her, und mißhandelten die drei Personen mit Gummischläuchen, Bierseideln und Messern derart, daß sich die drei in ärztliche Behandlung begeben mußten. Für die Täter wird die Sache wohl böse Folgen haben, denn sie sind bereits zur Anzeige gebracht. —

Hornhausen, 18. Juli. (Beim Schützenfest erschossen.) Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich am Freitag auf dem Schützenfest. Der beim Schießen der Schützen am Scheibenstand als Scheibenseher tätige Arbeiter Friedrich Berner wurde von einer Kugel getroffen, die ihm in den Unterleib eindrang und den Körper durchbohrte. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus in Oschersleben gebracht, wo er jedoch schon nachts starb. Der Unglückliche war verheiratet und ist Vater mehrerer Kinder, von denen einige noch unmündig sind. —

Quedlinburg, 18. Juli. (Der Streik der Musikerlehrlinge.) Daß man es in Quedlinburg schon erlebt hat, daß gewerkschaftlich organisierte und auch wohl nichtorganisierte Arbeiter, um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, zu dem Mittel des Streiks gegriffen haben, ist nicht neu. Daß aber Musikerlehrlinge sich dieses Mittels bedienen, hat Quedlinburg zum ersten Male erlebt. Quedlinburg besitzt eine städtische Musikkapelle, bestehend aus zirka 40 Mann. Ein Drittel derselben sind Lehrlinge. Fünf Gehilfen und fünf Lehrlinge wurden in der vergangenen Woche nach Ditfurt geschickt, um zu dem dort stattfindenden Schützenfest die Musik auszuführen. Die zehn Musiker waren von des Morgens früh tätig. Sie erhielten früh Kaffee zum Frühstück und jeder ein gestrichenes Brot. Mittagspause wurde gehalten von 1 bis 3 Uhr — aber das Mittagsbrot blieb aus. Da sich nun der Magen meldete, fragten die Lehrlinge bei dem mit der Aufsicht beauftragten Herrn Wagner an, wo das Mittagsmahl bliebe. „Geht in die Bude und badet Euch; Mittagsbrot gibt's nicht!" gab er zur Antwort. Hiermit gaben sich die Lehrlinge jedoch nicht zufrieden. Kurzerhand schnürten sie ihre Sachen und wanderten mit hungrigem Magen nach Quedlinburg. Inzwischen waren alle Vorbereitungen getroffen zum Auszug. Der Schützenkönig hatte seine Orden und Ehrenzeichen angelegt und, wie üblich, fehlte die Krone und Girlande nicht. Kurz, alles stand marschbereit da, aber — die Musik fehlte! Trotzdem sofort nach Suderode telephoniert wurde, um von der Badekapelle fünf Mann Ersatz zu erlangen, vergingen einige Stunden, ehe sich der Zug in Bewegung setzen konnte. Ob nun den Lehrlingen irgendwelche Vorwürfe gemacht worden sind, glauben wir kaum, da dieselben nicht entlassen worden sind. Immerhin scheinen bei der Kapelle keine gesunden Verhältnisse zu bestehen. Vor einigen Jahren erhängte sich ein Lehrling und erst vor ganz kurzer Zeit versuchte wiederum ein Lehrling, sich vom Diesseits ins Jenseits zu befördern. —

Schönebeck, 17. Juli. (Gewerkschaftsversammlung.) Am 15. Juli fand eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung im Saale der „Reichshalle" statt, welche leider nur mäßig besucht war. Der Referent, Genosse Peus-Dessau, sprach über das Thema „Mit welchen Mitteln kann die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter gefördert werden?" In großen Zügen schilderte Redner den Wert und die Vorzüge der Organisationen, zum Schluß ermahnend, dahin zu wirken, praktische Arbeit zu leisten, damit diejenigen, die der Organisation noch fern stehen, ihren Organisationen zugeführt werden. Nachdem der Vorsitzende noch auf das Gewerkschaftsfest hingewiesen hatte, welches am 6. August im „Stadtpark" stattfindet, damit tüchtig in den Reihen der Arbeiter agitiert werden möge, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen. —

Staßfurt, 16. Juli. (Die Buckauer Fabrik) — Ammoniak-Sodafabrik — hat uns wegen ihrer vielfachen Unfälle schon oftmals an dieser Stelle beschäftigt. In der Tat gibt es keine Fabrik in Staßfurt-Leopoldshall, die bei den Arbeitern in schlechterem Rufe steht als diese. Die Arbeiter haben über mancherlei zu klagen. So sind beispielsweise zwar die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen angebracht, aber oft genug nicht in gehörigem Zustand erhalten. Besonders laufen die Riemen ohne besonderen Schutz. Auch in andrer Beziehung wird den Arbeitern das Leben sauer gemacht. So liegen in den Schienengleisen keine Drehscheiben, sondern Eisenplatten, und zwar niedriger als die Gleise. Das erschwert nicht nur das Fortbewegen der Wagen ganz ungemein, sondern hat auch schon mehrmals Veranlassung zu Unfällen gegeben. Aeußerst mangelhaft sind die Wascheinrichtungen, Umkleideräume und Speiseräume. Die Frühstücksstube für die Mannschaften bei den Filtern — sieben in jeder Schicht — ist nur 4 Quadratmeter groß, eine schmutzige Bretterbude ohne Schränke. Während der Frühstückszeit geht nebenan die Mühle, und durch die zahllosen Ritzen und Spalten der Bude dringt massenhaft Sodastaub, den die Arbeiter das Vergnügen haben, umsonst bei ihrem Frühstück verzehren zu können. Das Durcharbeiten während der Essenspausen ist bei vielen Arbeiten die Regel. Die betreffenden Arbeiter sind sogar von dem Genuß der auf der Fabrik für wenig Geld erhältlichen Labungsmittel — Kaffee und Limonade — ausgeschlossen. Denn niemand darf diese Labungsmittel außerhalb der Eßpausen holen. Dann aber müssen diese Leute arbeiten. So etwas wird aber stolz „Wohlfahrtseinrichtung" genannt.

Die Löhne sind sehr niedrig, die Zahl der Ueberstunden ist dagegen hoch. Auf dem Schlammberg, dem sogenannten Sibirien, werden im Akkord täglich 2,60—2,90 Mark verdient. Die Sodafahrer, die fast regelmäßig Frühstück und Vesper durcharbeiten und deren Arbeit sehr gesundheitsschädlich ist, erhalten 3 Mark Schichtlohn, wozu noch ungefähr 30 Pf. sogenannte Prämie kommen. Die Ueberstunden sind bei ihnen zahlreich. Auch bei der Mühlenarbeit gibt es viele Ueberstunden. Wenn solch ein Glücklicher 80 Stunden in der Woche geschuftet hat, dann hat er die horrende Summe von 25 Mark verdient. Die Deelenarbeiter arbeiten auch gewöhnlich ohne Pausen und erhalten dafür 3 Mark. Schaffen sie ihr Pensum nicht, so werden sie nach „Sibirien" strafversetzt. Auf andern Posten werden ganze 16 Mark pro Woche verdient, die Leute von der Hofkolonne erhalten 2,50 Mark Schichtlohn. Bei diesen außerordentlich geringen Löhnen sind die Arbeiter auf die verwerflichen Ueberstunden geradezu angewiesen, die auch in reichem Maße angeboten werden. Daß die 24stündige Arbeitsschicht ebenfalls zu den stehenden Einrichtungen gehört, sei der Vollständigkeit halber mit erwähnt. Die Leute, die sich die Grausamkeit der 24stündigen Schicht müssen gefallen lassen, können am Sonntag nicht einmal Limonade und Kaffee bekommen.

Im Betrieb der kaustischen Soda, der besonders gesundheitsschädlich ist und 3 Mark Schichtlohn abwirft, sind die Arbeiter mit den tütelbeleumundeten unförmigen Schutzbrillen ausgerüstet, unter denen sie derartig schwitzen, daß sie sie notgedrungen absetzen und ihre Gesundheit in Gefahr bringen müssen. Von einer kürzeren Arbeitszeit auf denjenigen Betriebspunkten, die die Gesundheit am meisten schädigen, ist keine Rede. Dafür sind die Krankheitsfälle recht häufig. Es wird aber nicht gern gesehen, wenn jemand krank wird. So fand ein Beamter es sonderbar, daß ein Arbeiter, der sich [illegible] hatte, sich krank meldete, da er doch erst 8 Wochen im [illegible] beschäftigt wäre.

Daß die Fabrik ihre eigne Betriebskrankenkasse hat, ist [illegible] selbstverständlich für ein Werk, das so von sozialpolitischem Geiste durchweht ist, wie die Buckauer Fabrik. Aber die Arbeiter erfahren nichts von einer Abrechnung. Die Krankenkassenversammlung findet in Magdeburg statt und die dorthin entsandten Personen, die Arbeitervertreter genannt werden, geben sich nicht die Mühe, ihren Arbeitskollegen irgendwelchen Aufschluß zu erteilen. So erfahren die Arbeiter auch nicht, wie die zahlreichen Strafgelder verwendet werden. Ein gedruckter Kassenbericht wird nicht verteilt und ein Arbeiterausschuß besteht erst recht nicht.

Daß bei so viel Fürsorge keine Zeit bleibt, auf die Aborte auch etwas Augenmerk zu richten, liegt auf der Hand. Aber gerade bei denen herrschen so skandalöse Zustände, daß man öffentlich davon nicht reden kann.

Auch die Behandlung läßt gar manches zu wünschen übrig und so hat sich denn die Fabrik die Bezeichnung „Zuchthaus" erworben. Es muß schon weit gekommen sein, wenn unsre sehr anspruchslose Arbeiterschaft diese drastische Benennung eingeführt hat. Es liegt aber in ihrer Hand, die gerügten Schäden abzustellen. Die Arbeiter müssen nur alle ihrer Organisation, dem Land-, Fabrik- und Hilfsarbeiter-Verband beitreten, dann werden sie bald Macht genug haben, um die Abschaffung der Uebelstände zu erzwingen. Nur im Verband liegt die Macht, nur in der Vereinigung liegt das Heil. —

Militär-Justiz.

Ein mysteriöser Fall von Soldatenmißhandlung beschäftigte das Kriegsgericht in Dresden. Der Gardist Beske vom Gardereiter-Regiment, ein Rekrut, war am Abend des 4. Juni in den Verdacht geraten, einen Diebstahl versucht zu haben, weil er auf dem Schlafsaale einem Gefreiten die Hosen unter dem Kopfkissen hervorgezogen hatte. Als der Mann kurz danach den Korridor entlang kam, wurde er von dem Gefreiten Ritter, seinem Vorgesetzten, in eine mit „alten Leuten" belegte Mannschaftsstube geschickt. Hier war die Lampe — es war gegen 10 Uhr — ausgelöscht worden, so daß es völlig finster war. Nun stürzten die alten Leute auf den Mann los und schlugen mit Händen und Fäusten auf ihn erbarmungslos ein, bis es ihm schließlich gelang, den Korridor zu erreichen. Ritter warf ihm hier noch ein Paar Schuhe nach, während der Gefreite Opfer ihm höhnisch zurief, er werde ihm noch ein Billett mitgeben, damit er in die Revierstube hinüberflöge. So ungefähr stellten die Angeklagten Ritter, Wich und Opfer, die wegen Mißhandlung eines Untergebenen bzw. gemeinschaftlicher Körperverletzung angeklagt sind, den Vorgang dar, ganz anders der Mißhandelte selbst. Nach seiner Behauptung hat man ihn geradezu unmenschlich geschlagen, so daß ihm das Blut aus Mund, Nase und Ohren quoll und den Rücken herunterlief. Ohne jetzt noch sagen zu können, was er beabsichtigte, schleppte er sich über den Kasernenhof und stieg in der Nähe des Festungsgefängnisses über die Mauer, um das Bahngleis zu überschreiten. Als er jedoch einen Bahnwärter bemerkte, habe er sich hinter einen Busch versteckt, wo er eingeschlafen sein müsse, wenigstens verlasse ihn von da ab das Gedächtnis. Jedenfalls habe er sich nicht mit Selbstmordgedanken getragen, könne sich auch nicht besinnen, unter einen Bahnwagen geraten zu sein. B. wurde nämlich am frühen Morgen des folgenden Tages am Bahndamm in der Nähe der Schienen in entsetzlicher Verfassung aufgefunden. In einer großen Blutlache liegend, war sein Körper über und über mit Wunden bedeckt. Außer einem Kieferbruch und einer unheimlichen Schwellung des ganzen Gesichts hatte der Bedauernswerte in der Gegend des linken Schulterblattes eine furchtbare, offenbar von einem spitzen Instrument herrührende Verletzung davongetragen. Das Fleisch war viele Zentimeter weit förmlich abgeschält und der Knochen bloßgelegt. Der Mann befindet sich heute noch im Lazarett und wird niemals wieder völlig hergestellt werden. Für den ersten Augenblick erscheint es ganz wahrscheinlich, und auch die Aerzte behaupten, dieser Ansicht zu sein, daß B. die Bahngleise betreten habe und dabei von einem heranbrausenden Zug erfaßt worden, unter die Räumer der Lokomotive geraten und zur Seite geschoben worden sei. Jedenfalls steht so viel fest, daß B., wenn er nur mit Fäusten und Füßen mißhandelt worden wäre, sich niemals derartige Verletzungen habe zuziehen können. Daß der Mann aber nur auf diese Weise mißhandelt worden ist, steht keineswegs fest, es ist vielmehr sehr leicht möglich, daß bei dem „Schäften" auch Messer oder ähnliche Instrumente mitgewirkt haben. Allerdings verneint letzteres der Mißhandelte, das will jedoch nicht viel sagen, denn nach dem Sachverständigen-Gutachten leidet B. seit jenen Vorkommnissen an einem Defekt seines Erinnerungsvermögens, dem es auch zuzuschreiben ist, daß er in seinen Aussagen vielfach geschwankt hat und sich auf die gravierendsten Vorgänge nicht mehr zu besinnen vermag. Die Beweisaufnahme vermochte hierüber keine Klarheit zu schaffen. Trotz der Tragik des Falles konnte der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Baum, nicht umhin, in seinem Plaidoyer von einer Komödie zu sprechen, die der Zeuge Beske gespielt habe, ein Vorwurf, der vom Vertreter der Anklage mit Recht auf das allerentschiedenste zurückgewiesen wurde. Da nach dem Sachverständigen-Gutachten dem Zeugen nicht geglaubt werden konnte, war das Gericht lediglich auf das Geständnis der Angeklagten angewiesen. Demzufolge kam Ritter mit 14 Tagen mittleren Arrest davon, während hinsichtlich der beiden andern Angeklagten auf Einstellung des Verfahrens erkannt wurde. Das Gericht war der Ansicht, daß die Verletzungen des Zeugen den Angeklagten nicht zur Last gelegt werden können, daß sich B. auch nicht auf die Schienen begeben hat wegen der Mißhandlung, sondern aus Furcht, wegen des Wegziehens der Hosen, wenn auch ein Diebstahlsversuch keineswegs festgestellt ist, bestraft zu werden. —

Vermischte Nachrichten.

* **Wer schwimmt am besten?** Es klingt fast wie Ironie, daß die Bewohner unsrer Meeresküsten, ja, sogar der so ganz mit dem Wasser verwachsenen Insel Rügen, sich von den Großstädtern in der Kunst des Schwimmens unterweisen lassen müssen. Jetzt, in der Badesaison, wird von ängstlichen Gemütern oft an die Ostseefischer, die das Anbooten vom Dampfer an den Strand besorgen, die Frage gerichtet, ob sie denn auch in der Lage sind, die Insassen des vollen Bootes zu retten, wenn es bei bewegter See kentern sollte. Darauf erfolgt dann regelmäßig zur großen Bestürzung der Fragenden die Antwort, daß die alten Seebären des Schwimmens gänzlich unkundig seien. Auch die Fischer, die auf den Seen der Insel Rügen die Personenschiffahrt betreiben, kommen mit dem feuchten Element nur da in Berührung, wo es ihr Beruf erfordert; es gibt viele alte Fischer, die in ihrem ganzen Leben noch kein einziges freiwilliges Seebad genommen haben. Neuerdings scheint hierin ein Wandel eintreten zu sollen. Auf den Einfluß der Badegäste ist zurückzuführen, wenn jetzt die Bewohner der Rügenschen Strandbäder Schwimmunterricht nehmen. Dabei stellte sich nun aber heraus, daß einheimische Schwimmkundige nicht [illegible] treiben waren. —

* **Eine neue Ballonfahrt nach dem Nordpol.** Sieben Jahre sind verflossen, seit Andree verschollen ist, und nun tritt der Aeronaut Marcillac in Paris mit einem neuen Plan zur Ueberquerung des Nordpols im Luftballon auf. Aus der umfangreichen fachtechnischen Beschreibung seines neuartigen Projekts seien nur die folgenden allgemein

---

Kriegsdienste zu leisten und sich während ihrer Dauer selbst zu ernähren, auch selbst zu bewaffnen. Nun nahmen aber damals die Kriege kein Ende. Bald von der einen, bald von der andern Seite, mitunter von mehreren Seiten zugleich wurde das Deutsche Reich bedroht. Die [illegible] Kriegsdienste mußten den Ackerbau lahmlegen, der inzwischen die hervorragendste Produktion geworden war, nachdem die Vermehrung der Bevölkerung dazu genötigt hatte und durch die römische Kultur und die Klöster bessere Ackerbaumethoden bekannt geworden waren. Um ihr Bauerngut nicht durch Abwesenheit infolge Kriegsdienstes verkommen zu lassen, begaben sich viele Bauern in den Schutz benachbarter Edelleute oder der Kirche, leisteten weitere Hand- und Spanndienste und Naturalabgaben, wofür jene ihren Kriegsdienst übernahmen. Später haben es die Bauern schwer büßen müssen, daß sie nicht mehr waffengewohnt waren und Waffen überhaupt nicht mehr besaßen.

Damit waren die Zinsbauern als die Grundlage der Produktion geschaffen. Große Latifundien wurden auf diese Weise bevölkert und dem Ackerbau erschlossen. Ungeheure Waldstrecken, ehemals Gau- oder Stammeseigentum, das durch die Hand des Königs in den Besitz des Adels und der Kirche gelangt war, wurden mit Hilfe solcher Zinsbauern urbar gemacht und der Landwirtschaft zugeführt.

Inzwischen war das Ackerland der Markgenossen ihr Privateigentum geworden. Dieser Umschwung mochte durch das römische Vorbild, das nur Privateigentum kannte, begünstigt worden sein. Jedoch auch aus inneren Gründen mußte die Umwandlung des Ackerlandes aus Gemeinbesitz in Privatbesitz erfolgen. Die verbesserte Ackerbaumethode konnte es nicht ertragen, daß ein Mann in jedem Jahr ein andres Stück Land erhielt, das vielleicht von seinem Vorgänger total vernachlässigt worden war. Er mußte darauf bestehen, es für längere Zeit zu besitzen. Und von da bis zum Besitz auf Lebenszeit und dann bis zum vollständigen, vererbbaren Privateigentum war nur noch ein Schritt. Darauf hin drängte auch mit Macht die Zunahme der Bevölkerung, die bald kein Land mehr übrig ließ zur Verteilung an neue Hausstände. Wenn nicht der praktisch unmögliche Weg einer fortgesetzten Verteilung in immer kleinere Parzellen eingeschlagen werden sollte, mußte man schon zum Privateigentum übergehen und den Nachwuchs sich in das väterliche Erbe teilen lassen. Weide aber, Wald und Wasser blieben noch Gemeineigentum.

In das kaum entstandene Privateigentum an Ackerland legte die Zinsbauernwirtschaft sogleich Bresche. Die Edelleute und die Kirche wälzten ihren Zinsbauern durch List, Gewalt, Betrug immer mehr Abgaben und Arbeiten (Frondienst, Robot) auf. Schließlich verstiegen sie sich zu der Behauptung, daß das Bauernland sogar ihr, der Herren, Eigentum sei, das sie den Bauern nur zur Bewirtschaftung übergeben hätten. Außerdem fesselten sie, weil es an Arbeitern fehlte, den Bauer an seinen Besitz, sie nahmen ihm die Freizügigkeit, schließlich selbst die Freiheit, und machten ihn zum Hörigen oder Leibeignen. Jeder Widerstand der Bauern wurde blutig niedergeschlagen.

Die Sklaverei war so in abgeänderter Form wiedergekehrt. Auch diese Form beruht wie die wirkliche Sklaverei auf der Aneignung fremder Arbeitskraft, um daraus Nutzen zu ziehen, unterscheidet sich aber doch wesentlich von der Sklaverei. Der Sklave mußte für den Herrn arbeiten mit den Produktionsmitteln und auf das Risiko des Herrn und empfing dafür von ihm seinen Lebensunterhalt. Der zinspflichtige oder hörige Bauer hingegen erwarb seinen Unterhalt in selbständiger Arbeit mit eignen Produktionsmitteln und mußte außerdem noch für den Herrn und zu dessen Nutzen einige Tage in jeder Woche unbezahlte Fronarbeit verrichten. Das Ausbeutungsverhältnis zwischen Herrn und Fronbauern tritt also ganz nackt und unvermittelt in die Erscheinung. Der Junker hängte kein Mäntelchen darüber. Er nahm es als ein göttliches Recht in Anspruch, andre für sich arbeiten zu lassen. Das ist so geblieben bis auf den heutigen Tag. Ferner war der Sklave völlig rechtlos. Der Bauer besaß immerhin noch Rechte, die freilich oft genug in brutalster Weise mit Füßen getreten wurden, und auch Eigentum, dessen er aber ebenso oft beraubt wurde. An der Markgenossenschaft besaß er einen starken Rückhalt, der seine völlige Zugrunderichtung durch den Junker ganz erheblich verlangsamte. Aber darin stimmte die Fronarbeit mit der Sklavenarbeit überein, daß auch sie nur widerwillig geleistet wurde und verhältnismäßig geringen Nutzen abwarf.

Daß die „Herren" Veranlassung erhielten, immer mehr Arbeit und Vorteil aus ihren Bauern herauszupressen, steht in Verbindung mit der inzwischen fortgeschrittenen Kultur, die den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegen bares Geld ermöglichte und anderseits die Möglichkeit schuf, für dieses Geld eine Menge Genüsse sich zu verschaffen, die eine frühere Zeit nicht gekannt hatte. Diese Genüsse wurden geboten durch die Entwicklung des Handels und des Handwerks.

Ueberwiegend war damals die Produktion in Deutschland landwirtschaftlicher Natur. Wir sehen sie betrieben von einer nicht sehr großen Anzahl freier Bauern auf der Grundlage des Privateigentums an Grund und Boden, jedoch mit Gemeineigentum an Wald, Weide, Wasser. Zur großen Hauptsache jedoch erfolgte die landwirtschaftliche Produktion auf der Grundlage der Aneignung fremder Arbeitskraft der frondpflichtigen und unfreien Bauern. Vorwiegend war diese Produktion für den Selbstgebrauch, nur zum geringen Teil für den Verkauf bestimmt. Wir haben also Naturalwirtschaft mit geringfügiger einfacher Warenproduktion. Die Produktionsmittel befinden sich im Privateigentum der Produzenten, sofern nicht noch genossenschaftlicher Besitz besteht. Aber auch von diesem sind die Produzenten selbst die Besitzer. Wem aber die Produktionsmittel gehören, dem gehört auch das Produkt. —

interessierenden Einzelheiten mitgeteilt: Marcillac wendet einen Motorballon an. Der Motor soll aber nur dann in Aktion treten, wenn der Wind nachläßt oder wenn der Ballon aus dem Windstrich seitlich verschoben wird. Sein Motor ist nicht sehr groß und arbeitet 200 Stunden ohne Neuladung. Die Gondel wird nicht durch ein Netz, sondern mittels eines Mantels am Ballon befestigt sein, wodurch eine gewisse Ruhelage gewährleistet wird. Durch eine neue Gasauslaßvorrichtung wird von der Gondel aus alles dirigiert werden können. Nach oben ist die Gondel durch eine Klappe verschließbar gemacht, damit für den Fall eines Sturzes ins Meer ihre Schwimmfähigkeit sichergestellt ist. Marcillac will ein Mittel besitzen, welches der Gasabkühlung entgegenwirken soll. Er behauptet nämlich, daß die Gasabkühlung in den arktischen Regionen sehr bedeutend sei, ebenso daß die Luftelektrizität ganz verschieden von der in unsrer Gegend auftritt und hält diese beiden Tatsachen auch als wesentliche Ursachen von Andrees Mißerfolg. Die drei bis vier Fahrtteilnehmer werden in regelmäßiger Reihenfolge ihre Beobachtungen von der Terrasse der geschlossenen Gondel aus machen können, da die Reise in der Zeit des dauernden Polartages ausgeführt werden soll. Mittels Anwendung der drahtlosen Telegraphie hält es Marcillac für möglich, durch vereinbarte Zeichen stets den Ort des Ballons an die Ausgangsstelle des Fluges zurückzumelden. Die Kosten werden auf 90 000 Frank berechnet, welche Marcillac bald beschafft zu haben hofft. Auch ist er der festen Meinung, Spuren von Andrees Expedition auffinden zu können. —

* **Vom lenkbaren Luftschiff.** In Toledo, Ohio, hat vor einigen Tagen der Erfinder A. R. Knabenshue mit seinem neusten Luftschiffe eine interessante Leistung vollführt, indem er, ganz in Gemäßheit seiner früher angekündigten Absicht, eine Strecke von 3 Meilen durchfuhr und auf der Höhe eines zehnstöckigen Officegebäudes landete, worauf er die Rückfahrt antrat und wieder zu dem Abfahrtsplatz zurückkehrte. Als Knabenshue abfuhr, wehte ihm ein starker Wind gerade entgegen. Der Wind führte das Luftschiff 3000 Fuß in die Höhe; nichtsdestoweniger verlor der Aeronaut die Herrschaft über sein Gefährt keinen Augenblick, sondern fuhr unentwegt seinem Ziele zu. Als der Ballon 25 Minuten nach Beginn der Fahrt gerade über dem vorbezeichneten Gebäude schwebte, ließ sich Knabenshue herunter und erreichte das Dach des Gebäudes. Nachdem das Luftschiff untersucht und in vollster Ordnung befunden worden war, machte sich der glückstrahlende Luftschiffer auf die Rückfahrt, die er, mit dem Winde segelnd, in 15 Minuten zurücklegte. Die interessante Fahrt war von einer zahlreichen Menschenmenge beobachtet worden; in der unteren Stadt hatte man Handel und Wandel für einige Zeit ausgesetzt, und alle nahmen den regsten Anteil an dem Versuche des Luftschiffers. Knabenshue erklärt, daß sein jetziges Luftschiff dem früher von ihm benutzten bedeutend überlegen sei, und daß er seiner Meinung nach die Frage des lenkbaren Luftschiffes gelöst habe. Wer glaubt es? —

Kleine Chronik.

Kurt Grottewitz ertrunken.

Der 39jährige Schriftsteller Dr. Kurt Grottewitz, Herausgeber naturwissenschaftlicher Werke und Romane, unsern Lesern bekannt als Mitarbeiter der „Neuen Welt", hat einen qualvollen Tod gefunden. Der Verstorbene, der in Müggelsheim wohnte, hatte am Sonntag abend in der sog. Großen Krampe, einem Ausläufer des Langen Sees bei Grünau, gemeinsam mit einem Freunde ein Bad genommen. Beim Untertauchen geriet er in die auf dem Seeboden wuchernden Schlingpflanzen und verstrickte sich derartig, daß er sich nicht mehr zu befreien vermochte. Bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte, war er ertrunken.

Kurt Grottewitz, der eigentlich Pfütze hieß und aus dem Oertchen Grottewitz (im Königreich Sachsen) stammte, ist nur 39 Jahre alt geworden. Er veröffentlichte zuerst allerlei literarische und philosophische Aufsätze, war auch kurze Zeit hindurch Redakteur des „Magazins für Literatur"; dann kamen zwei Romane, und schließlich wandte er sich ganz der Naturwissenschaft zu, deren Ergebnis er in gewandten volkstümlichen Artikeln bearbeitete. Damit wurde er der geschätzte Mitarbeiter vieler deutschen Zeitungen und Zeitschriften. —

Terlinden geisteskrank.

Der frühere Fabrikbesitzer Gerhard Terlinden aus Oberhausen, der bekanntlich im Herbst 1903 wegen Konkursverbrechens zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, wird jedenfalls die Strafe in der Strafanstalt Münster nicht verbüßen, da derselbe geistesgestört sein soll. Vor einigen Tagen ist seine Ueberführung in eine Irrenanstalt erfolgt. —

Studentische Rauferei.

Bei einem Säbelduell in Greifswald verletzte ein Ungar im Falschkampf den Studenten Faber tödlich, indem er ihm einen Lungenstich beibrachte. —

Ein Arzt als Gattenmörder verhaftet.

Wegen Verdachts des Gattenmordes wurde der praktische Arzt Dr. Karl Roth in Thalmässing in Bayern verhaftet. Roth soll seine vor Jahresfrist geehelichte dritte Frau durch Gift, nach andrer Version durch einen von ihm herbeigeführten Sturz aus der Equipage zu beseitigen versucht haben. —

Luise von Koburgs Ehe.

Prinz Philipp von Sachsen-Koburg-Gotha hat die Ehescheidungsklage gegen seine Gemahlin Luise geb. Prinzessin von Belgien, die kürzlich von den Pariser Gerichtsärzten für geistig normal erklärt wurde, bei dem Landgericht Gotha eingereicht. —

Ein mildes Urteil.

Der Adjutant des 2. Bataillons Füsilier-Regiments Nr. 90 in Wismar, Oberleutnant Leyde, hatte, wie wir berichteten, auf seinem Zimmer im Offizierkasino ein bei ihm auf Besuch weilendes junges Mädchen erschossen. Der Fall kam in der Berufungsinstanz vor dem Oberkriegsgericht in Altona zur Verhandlung. Leyde war vom Kriegsgericht in Wismar wegen fahrlässiger Tötung zu 2½ Jahren Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht wandelte die Gefängnisstrafe in Festungshaft auf die gleiche Dauer um und hob die Dienstentlassung auf. Jetzt fehlt nur noch die Begnadigung! —

Schwere Unglücksfälle.

Auf der Nidda bei Vilbel in Hessen kenterte ein Nachen, wobei drei 20jährige Arbeiter ertranken. — Ein schwerer Automobilunfall hat sich unweit Turin ereignet. Der Turiner Gummifabrikant Martiny fuhr mit seinem Automobil so heftig gegen einen Prellstein, daß der Wagen stürzte und fünf Insassen unter sich begrub. Zwei von ihnen waren augenblicklich tot, Martiny wurde tödlich verletzt.

Schweres Unwetter in Deutschland.

Ein Unwetter, wie es seit Menschengedenken nicht vorgekommen ist, suchte die Gegend bei Halle heim. In 14 Stunden gingen sechs schwere Gewitter nieder. Der Blitz zündete vielfach. In der Oelfabrik der Dörstewitz-Rattmannsdorfer Gesellschaft richtete er einen Brandschaden von 30 000 Mk. an Paraffin an.

Auch am Oberrhein ist ein ähnliches Unwetter niedergegangen. Besonders die Distrikte Andernach, Neuwied, Linz sind hart mitgenommen. Mehrere Schwemmsteinfabriken stürzten ein, und zahlreiche große Scheunen wurden vom Wasser unterspült. Mehrere Brücken sind zusammengebrochen. Der angerichtete Schaden ist unberechenbar. Auf einzelnen Chausseen sind Hunderte schwerer Bäume durch den Sturm entwurzelt. Die Weinberge zeigen metertiefe Furchen; manche Berge sind des Bodens sowie der Weinstöcke völlig beraubt. Ein furchtbares Unwetter, verbunden mit wolkenbruchartigen Regengüssen und starkem Hagelschlag hat im Oberweserbezirk, namentlich im Kreis Hofgeismar und dessen Nachbargebieten gehaust. Die Landwirtschaft erlitt enormen Schaden. Strichweise ist die Getreideernte vernichtet. In dem ganzen oberschlesischen Industriebezirk wütete ein heftiges Unwetter, das mit Gewitter, Wolkenbruch und Hagelschlag verbunden und von einem orkanartigen Sturm begleitet war. In Gleiwitz, Zabrze und deren Umgegend sind viele Häuser abgedeckt. Der Hagel liegt stellenweise handhoch und richtete in den Gärten großen Schaden an. In den Straßen stand das Wasser meterhoch. Hunderte von Bäumen wurden entwurzelt. Laut einer Meldung des „Oberschlesischen Wanderers" riß der Sturm in Lipine die Halle 7 der Zinkhütte Silesia ein, in der etwa 60 Arbeiter tätig waren. Eine große Anzahl von ihnen wurde unter den Trümmern begraben. Nach amtlicher Meldung wurden zwei getötet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt. Durch die Feuer der Oefen entstand ein Brand, der am Abend noch andauerte. —

Auch aus verschiedenen Teilen Tirols treffen Nachrichten über starke Gewitter und Hagelschlag ein. Im Passeiertal ist durch Hagelschlag ein Schaden von etwa 100 000 Mk. verursacht worden. Zwei Personen wurden durch Blitzschläge getötet. Ueber Paris und Umgegend ist ebenfalls ein furchtbares Gewitter, begleitet von heftigen Sturm- und Hagelschlägen, niedergegangen. Der Sturm erreichte die Geschwindigkeit von 15 Meter in der Sekunde. In Paris selbst ist der Schaden weniger groß, dagegen in der Umgegend sehr bedeutend. Die Ernte gilt als vernichtet. —

Ein schweres Brandunglück.

In den Kellerräumen der Gürtlerei von Hübner in Gablonz ereignete sich am Montag eine Benzinexplosion, bei der Frau Hübner und ihr Dienstmädchen lebensgefährlich verletzt wurden. Während die Feuerwehr mit den Ablöschungsarbeiten beschäftigt war, erfolgte eine zweite Explosion, infolge deren achtundzwanzig Feuerwehrleute furchtbare, teils tödliche Brandwunden erlitten. —

Vatermord und Brudermord.

Ein blutiges Familiendrama hat sich in Fraulautern abgespielt. Ein Arbeiter geriet mit seiner Frau in Streit und griff sie tätlich an. Der 18jährige Sohn eilte der Mutter zu Hilfe und streckte den Vater durch einen Schuß ins Herz nieder. Der Sohn stellte sich freiwillig dem Gericht. — Der italienische Landtagsabgeordnete Dr. Giuseppe Donati wurde in Mezzolombardo von seinem Bruder Silvio in einem Streit um die Erbschaft des verstorbenen Vaters durch Messerstiche in den Nacken getötet. —

Mönche als Massenmörder.

Die belgische Pfaffenregierung, welche zu ihrer Verherrlichung gegenwärtig in ganz Belgien einen mehrmonatigen Narrentanz aufführt, angeblich um das 75jährige Jubiläum der Selbständigkeit Belgiens zu feiern, hat sich dabei eine böse Suppe eingebrockt. Während mitten in Brüssel, auf dem Bruckeer-Platz, wo die großen Boulevards zusammenstoßen, hohe Gerüste für die elektrische Jubelbeleuchtung aufgebaut werden, haben die Arbeiter bei den dazu erforderlichen Erdarbeiten große Niederlagen menschlicher Gebeine entdeckt. An einer Stelle lagen mehr als 20 menschliche Skelette, darunter auch weibliche, auf einem Haufen zusammen. Das weitere Nachgraben hat man schleunigst durch behördliches Einschreiten verhindert. Es ist nämlich sehr schnell festgestellt worden, daß an der fraglichen Stelle noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts ein Augustinerkloster stand, und daß die aufgefundenen Skelette kaum 100 Jahre alt sind. Somit ergibt sich, daß die frommen Mönche dieses Klosters (das jetzt nach einer andern Stelle verlegt ist) Menschen beiderlei Geschlechts innerhalb ihres Klosters um die Ecke zu bringen gewohnt waren, deren Leichen sie dann einfach in einer Grube verscharrten. — Vielleicht könnte deshalb gleichzeitig mit dem 75jährigen Jubiläum des leopoldinischen Pfaffenstaates auch das 100jährige Jubiläum der Augustinusmörder gefeiert werden. —

Kleine Tageschronik. In Mariendorf ist ein Zigeuner verhaftet worden, der in Polch einen Mann sowie zwei Kinder erschossen hat. — Der Bankier Arton, bekannt von der Panama-Affäre her, hat sich mit Cyankalium vergiftet. Er war 57 Jahre alt. —

Literarisches.

„Kommunale Praxis", Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, herausgegeben von Dr. Albert Südekum. Wahlverschlechterungen überall!!! Kein Tag mehr ohne die Meldung von einer neuen Ungerechtigkeit und Vergewaltigung, ausgeheckt von engbrüstigen Bureaukraten und einer herrschsüchtigen Bourgeoisie, um die Sozialdemokratie von den Rathäusern fern zu halten. Und dabei ist es gar nicht zu bestreiten, daß auch vom Standpunkte ehrlicher Gegner aus die Beteiligung der Sozialdemokraten an der Gemeindeverwaltung ein wahrer Segen für das Gemeinwohl ist, wenn man erkennen will, was heute schon die erst in ihren Anfängen stehende kommunalpolitische Tätigkeit der Sozialdemokratie bedeutet, was sie geleistet hat und welche Aufgaben ihrer noch harren, dann braucht man nur eine Nummer der „Kommunalen Praxis" aufzuschlagen. In dem neusten Hefte werden einmal wieder sehr deutlich die Zusammenhänge zwischen dem materiellen Interesse der herrschenden Kreise und ihren Wahlrechtsattentaten an einigen Beispielen aufgezeigt. Ein Artikel von F. Workmann über die bedeutsamen Aufgaben der städtischen statistischen Aemter bei der nächsten Volkszählung sei hier noch besonders registriert. Probenummern der Wochenschrift sind kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Praxis", Berlin W. 15, zu beziehen. —

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 42. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Furcht vor dem Sozialismus. — Die Folgen des japanischen Sieges und die Sozialdemokratie. Von K. Kautsky. (Forts.) — Die gegenwärtigen russischen Zeitschriften. Von D. Davidow. — Bürgerliche Ideologien. Von Otto Ehrlich. — Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Von Gustav Hoch-Hanau. (Schluß.) — Die Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Von Dr. J. Hertz (Herisau). — Der Nutzen der Zechenstillegungen. Von Heinrich Cunow. — Notizen: Die internationale Organisation der Angestellten. Von Max Josephsohn-Hamburg. —

Eingesandt.

Zu dem Versammlungsbericht der Krankenkassenbeamten in Nr. 163.

Da wiederholt in den Versammlungsberichten der Krankenkassenbeamten auf einen Brief Bezug genommen wurde, der an den Vorstand der Krankenkassenvorstände gerichtet war und der von den Beamten dazu mißbraucht wird, um ihr unsolidarisches Fernbleiben von den Versammlungen der Krankenkassenvorstände zu entschuldigen, sei dazu folgendes bemerkt: Der Vorstand hat auf den Brief darum eine Antwort nicht erteilt, weil die Versammlung der Ortskrankenkassenvorstände nach Verlesung desselben auf Antrag zur Tagesordnung übergegangen ist, und zwar aus folgenden Gründen: Für die Beleidigung, welche ein Mitglied des Vorstandes den Beamten gegenüber angeblich getan hatte, könnte die Korporation als solche nicht verantwortlich gemacht werden, selbst dann nicht, wenn der Vorsitzende die Beleidigung nicht zurückwiese. In diesem Falle habe aber der sp. Giebel in fraglicher Versammlung als Vorsitzender der Beamten von der Redefreiheit den ausgiebigsten Gebrauch gemacht und die angebliche Beleidigung selbst zurückgewiesen, so daß der Vorsitzende davon enthoben war. Der Grund des solidarischen Fernbleibens der Beamten ist aber nicht in den oben Angeführten zu suchen, sondern weil sich die hiesigen Vorstände gegen die Unkündbarkeit der Beamten (§ 1 des Dienstvertrags) gewendet haben. Auch der Vorstand des Ortskrankenkassenverbandes im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt steht auf demselben Standpunkt, welcher in München auf der Jahresversammlung der deutschen Ortskrankenkassen durch den Vorsitzenden Alwin Brandes vertreten wurde. In dem obengenannten Bericht greifen nun die Beamten diesen an. Sie schreiben: „Bezüglich seiner Stellungnahme zur Durchführung der Münchner Beschlüsse bedauern sie sein undemokratisches Verhalten." Hier muß einmal öffentlich festgestellt werden, daß die Forderung einer unkündbaren Anstellung eben nicht demokratisch, sondern echt konservativ ist; füglich kann man von einem Demokraten nicht verlangen, daß er zu deren Durchführung seine Hand bietet. Nicht der ist undemokratisch, welcher solche Forderungen bekämpft, sondern der, welcher sie aufstellt. Zur Durchführung ihrer Forderungen bedienen sich die Beamten recht zweifelhafter Mittel. U. a. benutzen sie folgende demagogische Kniffe: Wenn man vor dem Vorstand nicht den Hut zieht, könne man entlassen werden; oder: man ist der Laune des Vorstandes ausgesetzt; oder: wenn auch der jeweilige Vorstand ihnen gegenüber loyal verfahre, so müsse man sich vor dem kommenden schützen; sie wären schutzlos der Willkür des Vorstandes und der Generalversammlung ausgeliefert usw. Dies verfängt sehr oft auch bei solchen Leuten, die lange Jahre in der Arbeiterbewegung tätig sind, eben weil sie keine Ungerechtigkeit begehen wollen. Wäre es so, dann stünde es schlecht, sehr schlecht mit der Arbeiterbewegung; überlegt man sich die Sache aber, so fühlt man, welche schwere Beleidigungen der Arbeiterschaft darin enthalten sind. Die Selbstverwaltung, welche zu schützen sie vorgeben, mißkreditieren sie dadurch aber in der gröblichsten Weise.

Bruno Reuter, Moldenstraße 1a.

Vereine und Versammlungen.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein.

Am 12. Juli tagte in der „Bürgerhalle" eine mäßig besuchte Mitgliederversammlung, in welcher Genossin Mahn, Rotekrebsstraße 2, als zweite Vorsitzende gewählt wurde. Beschlossen wurde, den Ausflug mit Kinderfest am Mittwoch den 26. Juli nach Cracau („Schweizerhalle") stattfinden zu lassen, die Vorarbeiten hierzu wurden einem Komitee übergeben. Die Versammlung beschloß, der Kassiererin drei Prozent von der Einnahme zu gewähren. Schluß der Versammlung 10½ Uhr. —

Schmiede.

Am 16. Juli fand bei Böhme, Kl. Klosterstraße 15/16, eine öffentliche Schmiedeversammlung statt. Dieselbe beschäftigte sich mit der Antwort der Schmiede-Innung betreffs des Lohntarifs. Die reaktionäre Antwort der Schmiede-Innung wurde als eine Verhöhnung der Gesellen betrachtet. Fast jeder Paragraph endigt mit dem Wörtchen „abgelehnt" oder „in Betracht gezogen". Nach einer längeren Diskussion wird in geheimer Abstimmung beschlossen, bei den Meistern, die den Tarif nicht anerkennen, die Arbeit niederzulegen. Nach einem Schlußwort des Gauleiters Peter erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	15. Juli	— 0.12	16. Juli	+ 0.08	—	0.20
Laun	„	— 0.09	„	— 0.22	0.13	—
Budweis	„	— 0.04	„	— 0.10	0.06	—
Prag	„	+ 0.06	„	+ 0.05	—	0.01
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	16. Juli	+ 1.05	17. Juli	+ 1.15	—	0.10
Weißenfels Untp.	„	— 0.12	„	+ 0.02	—	0.14
Trotha	„	+ 1.26	„	+ 1.44	—	0.18
Alsleben	„	+ 0.86	„	—	—	—
Bernburg	„	+ 0.50	„	+ 0.70	[illegible]	[illegible]
Calbe Oberpegel	„	+ 1.44	„	+ 1.44	[illegible]	[illegible]
Calbe Unterpegel	„	+ 0.06	„	+ 0.22	—	0.16
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	16. Juli	— 0.07	17. Juli	— 0.17	—	0.24
Elbe.						
Pardubitz	15. Juli	— 0.01	16. Juli	— 0.19	—	0.01
Brandeis	„	— 0.07	„	— 0.17	0.01	—
Melnik	„	— 1.81	„	— 0.80	—	0.01
Leitmeritz	„	— 0.26	„	— 0.61	—	0.10
Aussig	16. „	— 0.42	17. „	— 0.41	—	0.01
Dresden	„	— 1.87	„	— 1.83	—	0.04
Torgau	„	— 0.06	„	— 0.08	0.02	—
Wittenberg	„	—	„	+ 0.76	—	—
Roßlau	„	+ 0.22	„	+ 0.27	—	0.05
Barby	„	+ 0.42	„	+ 0.54	—	0.12
Schönebeck	„	0.15	„	+ 0.23	—	0.08
Magdeburg	17. „	+ 0.62	18. „	+ 0.66	—	0.04
Tangermünde	16. „	+ 0.98	17. „	+ 1.00	—	0.02
Wittenberge	„	+ 0.63	„	+ 0.69	—	0.06
Broda-Dömitz	„	+ 0.17	„	+ 0.13	0.04	—
Lauenburg	„	+ 0.19	„	+ 0.18	0.01	—

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25—60 Mk.
Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie
in billigster Preislage.
A. Rose, **Breiteweg 264** (Scharnhorstplatz).
Aeltestes seit 1865 besteh. Geschäft dies. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen. 89

Billige Stiefel!
Altes Brücktor 2.

Gut erhalt. **Kinderwagen** billig zu verkaufen **Moldenstr. 46, part.**

Viel Geld
erhält man auf jede Wertsache.
Leihhaus
Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
Neu! Vollständig diskrete Abfertigung. 3302
Privat-Kontor. Zins-Ermäßigung.
Fernsprecher 2322.

1 Ei kostet nur 3 Pfennig, wenn man zum Backen, Braten, Kochen usw.
„Ovumin"
verwendet.
137

andern durch irgend eine Eigenschaft auszeichnete, die ihn zum Herrscher in diesem Augenblick besonders befähigte. Brutalität und Gewissenlosigkeit sind für diesen Beruf im gegenwärtigen Moment ebensowenig eine ausreichende Qualifikation, wie die bis zur Virtuosität ausgebildete Kunst, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern. Und die Kaiserin-Witwe? Diese Frau wäre vielleicht, vom Standpunkt des Zarismus aus betrachtet, am geeignetsten, die Zügel in die Hand zu nehmen, aber den stolzen Plänen der „dänischen Köchin" legt die Clique natürlich unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg, und schließlich wird das Problem, wer regieren soll, von einer andern Stelle gelöst werden."

Vom Heere.

In Lodz meuterten Mannschaften des Ekaterinburgschen Infanterie-Regiments gegen ihre Offiziere. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem ein Mann getötet und mehrere verwundet wurden. Die meuternden Soldaten wurden schließlich überwältigt und gefesselt nach der Festung Iwangorod gebracht. Auf der Station Peltsowina der Weichselbahn wurde ein Gendarmerie-Unteroffizier von drei Unbekannten durch Revolverschüsse getötet.

Aus Feodosia wird gemeldet: Ueber ein dort stationiertes Regiment hielt der Brigadekommandeur eine Revue ab. Als nach deren Beendigung die Kompanien entlassen wurden, blieben einige Gewehre am Platz. Diesen Moment benutzte der Trommelschläger Joschka Motschidlower, lud ein Gewehr mit fünf Patronen und gab dann drei Schüsse auf den Regimentskommandeur Obersten Gertzyk aber, verfehlte ihn aber. Dagegen wurde der Unteroffizier Tatarinow getötet, sowie Leutnant Drosin schwer verwundet. —

Letzte Nachrichten.

* Petersburg, 18. Juli. Die Persönlichkeit des Todesmutigen, der den Grafen Schuwalow beseitigt hat, ist nunmehr festgestellt. Er heißt der Zeitung „Slowo" zufolge Kulikowski, stammt aus Sibirien und war Lehrer in Petersburg. Er hat offen erklärt, daß er zur sogenannten Kampforganisation der Sozialrevolutionäre gehöre. Graf Schuwalows Name habe auf der Liste der zum Tode Verurteilten gestanden. —

* Königsberg, 18. Juli. Wie der „Königsb. Hartungschen Ztg." von zuverlässiger Seite gemeldet wird, wurde in Sessau in Kurland der Kirchenvorsteher Baron Bistram von Aufrührern erschossen. Baron Hahn-Platon wurde durch den Müller Wikone gerettet, der selbst einen Schuß in den Unterleib erhielt. Fürst Lieven, der Landesbevollmächtigte von Kurland, reiste sofort nach Petersburg, um energische Maßnahmen gegenüber der Untätigkeit der Behörden durchzusetzen. —

Hd. Petersburg, 18. Juli. Aus Kronstadt wird gemeldet, daß die meuterischen Matrosen des Linienschiffs „Alexander 2." zum zweiten Male vereidigt wurden. 16 Rädelsführer wurden getötet.

Hd. Kattowitz, 18. Juli. Etwa 30 Meter von der russischen Grenze auf deutschem Gebiet bei Kleindombrowka wurde die Leiche eines russischen Flüchtlings aufgefunden, der durch den Grenzposten erschossen worden ist. Die Untersuchung, ob der Russe schon auf deutschem Gebiet erschossen worden ist, wurde eingeleitet. —

Hd. Warschau, 18. Juli. Ein Racheakt wurde gestern abend in der Panskagasse verübt. Ein Unbekannter feuerte 3 Revolverschüsse auf den Oberschutzmann Golembiowski ab, der sofort getötet wurde. — 450 Vertreter der polnischen Intelligenz unterzeichneten eine Protestadresse gegen den Beschluß des Ministerkomitees bezüglich der polnischen Sprache. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. Juli 1905.

— **Ueber die Streikbewegung in der Provinz Sachsen** gibt die „Magdeb. Ztg." nach der amtlichen Streikstatistik folgende Zusammenstellung: Nach der amtlichen Uebersicht über die Streikbewegung in Preußen im Jahre 1903 waren in diesem in Preußen 841 Streiks zu verzeichnen gegen 626 im Jahre zuvor. Die einzelnen Landesteile sind an der Gesamtzahl sehr ungleichmäßig beteiligt. An der Spitze steht Berlin mit 26,6 Prozent, am Schlusse, abgesehen von Hohenzollern, wo Streiks überhaupt nicht vorkamen, Westpreußen mit 1,6 Prozent aller Streiks. Die Provinz Sachsen ist mit 6,1 Prozent beteiligt und steht mit dieser Prozentualzahl unter den 14 Provinzen an fünfter Stelle. Es handelte sich in unsrer Provinz insgesamt um 52 Streiks, an denen in 285 Betrieben 1916 streikende Arbeiter beteiligt waren. Vor uns, also höher, stehen hinsichtlich der Zahl der Streiks von den übrigen Provinzen: Berlin mit 227, Brandenburg mit 140, Rheinland mit 122 und Hannover mit 63 Streiks. Hinsichtlich der Zahl der Streikenden steht unsre Provinz dagegen wesentlich zurück, nämlich an zehnter Stelle. Die Forderungen der Streikenden gingen prozentualiter

	im Staate	in der Prov. Sachsen
auf Erhöhung des Arbeitslohns mit . .	50,1	55,0 Proz.
auf Verminderung der Arbeitszeit mit . .	14,7	8,8 „
auf sonstiges mit	35,2	36,2 „

Was das Ergebnis der Streiks anbetrifft, so war 1903 im Staate beinahe die Hälfte (47,9 Prozent) gänzlich erfolglos; etwas mehr als ein Fünftel (20,9 Prozent) hatte vollen, der Rest von 31,2 Prozent aber teilweisen Erfolg. In unsrer Provinz Sachsen hatten von den 52 Streiks

vollen Erfolg	25,0 Prozent
teilweisen Erfolg	28,8 „
keinen Erfolg	46,2 „

so daß der Verlauf in unsrer Provinz also für die Streikenden günstiger war als im Gesamtstaat.

Im preußischen Gesamtstaat waren 1903 von 100 Streikenden 22,9 vertragsbrüchig, in der Provinz Sachsen nur 10,4, ein Prozentualanteil, mit dem wir unter den vierzehn preußischen Provinzen an elfter Stelle stehen, also sehr günstig.

Wir bemerken dazu, daß die amtliche Streikstatistik außerordentlich unzuverlässig ist, weil sie auf Material beruht, das von untergeordneten Polizeiorganen zusammengetragen wird. Darauf sind die vielen falschen Angaben über die Streiks in unsrer Provinz zurückzuführen. Wir werden, soweit die von den Gewerkschaften aufgenommene Streikstatistik es zuläßt, zu gegebener Zeit die amtliche Streikstatistik berichtigen. —

— **Lohnbewegung der Schmiede.** 48 Gesellen sind in den Ausstand getreten. 18 Gesellen bei 8 Meistern arbeiten zu neuen Bedingungen. 16 sind als arbeitswillig stehen geblieben, größtenteils solche, welche in Kost und Logis sind. Die Schmiede beschlossen in ihrer letzten Versammlung, bei den Meistern, die den Tarif nicht anerkennen, die Arbeit niederzulegen. —

— **Die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins** für die Bezirke Buckau und Sudenburg fanden am Montag statt. In

Buckau

sprach im „Thalia"-Saal vor einer sehr gut besuchten Versammlung Genosse Brandes über politische Tagesfragen. Er erntete reichen Beifall. Ueber die Notwendigkeit der Anstellung eines Parteisekretärs herrschte Einstimmigkeit. Bezüglich des Falles Wendlandt wurde beschlossen, bei der Generalversammlung Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen. Mit dem Wunsche des Vorsitzenden, rege für den Verein und die „Volksstimme" zu agitieren und einem Hinweis auf die im Herbst stattfindende Stadtverordnetenwahl in Buckau wurde die Versammlung um 10¾ Uhr geschlossen. —

Sudenburg.

In der Bezirksversammlung in Sudenburg hielt Genosse Holzapfel einen Vortrag über „Die russische Revolution", der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Ueber den Punkt „Stellungnahme zum Parteitag" entspann sich eine lebhafte Diskussion, in der besonders die Punkte der provisorischen Tagesordnung des Parteitags „Politischer Massenstreik", „Organisationsentwurf" und „Maifeier" besprochen wurden. Als Delegierte zum Parteitag wurden der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins die Genossen Brandes, Giesecke und Henning vorgeschlagen.

— **Der Raubmörder verhaftet?** Der am 9. Juli an dem Obervostpraktikanten Hehde aus Magdeburg verübte Raubmord ist immer noch nicht aufgeklärt. Als mutmaßlicher Mörder ist gestern in Wernigerode der 20jährige Kellner Friedrich Nordhausen aus Wernigerode, der in Ilsenburg gelernt hat, verhaftet worden. —

— **Verhaltungsmaßregeln beim Gewitter.** Am vorteilhaftesten ist es, sich während eines Gewitters in der Mitte des Zimmers aufzuhalten. Wird man von einem Gewitter im Freien überrascht, so schreite man in gleichmäßigem Tempo weiter. Schnelles Laufen und noch mehr Stehenbleiben erhöht die Gefahr. Zu vermeiden ist der Aufenthalt auf Hügeln und an Gewässern. Bekannt ist die Warnung, unter Bäumen einen Unterschlupf zu suchen. Vereinzelt stehende Bäume sind besonders gefährlich. Die Blitzgefahr schwankt übrigens für die verschiedenen Baumarten sehr beträchtlich. Am gefährdetsten sind die Eichen. Bezeichnet man die Blitzgefahr für die Buchen mit 1, so ist für die Nadelhölzer die Zahl 9, für die Rüstern, Linden und Platanen 12 und für die Eichen die Zahl 34 anzusetzen. Der Grund hierfür liegt in der Verschiedenartigkeit der inneren Struktur der Bäume. Ist es ausführbar, so soll man sich stets 5 bis 6 Meter von den äußersten Zweigen der Bäume halten. Auch einige allgemeine Erwägungen sind geeignet, die Gewitterangst zu mindern und zu verscheuchen. Obgleich in den letzten Jahren die Zahl der Blitzschläge nachweislich zugenommen hat, so werden von der Gesamtbevölkerung Deutschlands doch nur 200 bis 300 Personen getroffen und davon 50 bis 100 Personen getötet. Auf 1 Million Gebäude werden jährlich in Deutschland je nach den Gegenden nur 271 bis 404 durch Blitze geschädigt. Es ist also höchst unwahrscheinlich, von einem Blitz getroffen zu werden. Blitze, von denen man nur den Donner hört, braucht man überhaupt nicht zu fürchten, da der Blitz längst seinen Weg zurückgelegt hat, ehe die Schallwellen an unser Ohr gelangen. Aber auch alle Blitze, die man sieht, sind ungefährlich. Denn da sich das Licht mit einer Geschwindigkeit von 304 000 Kilometer in der Sekunde fortbewegt, so muß der Blitz auch in demselben Augenblick, wo er einem Beobachter sichtbar wird, den Weg bis zu diesem durchlaufen haben, falls er die Richtung zu ihm einschlägt. Ein jeder Blitz, den man sieht, hat daher bereits ein andres Ziel erreicht. Schließlich gewährt es eine gewisse Beruhigung, zu wissen, in welcher Entfernung die Blitzschläge niedergehen. Die Berechnung ist einfach; denn da, wie bemerkt, die Geschwindigkeit des Lichtes 304 000 Kilometer in der Sekunde, diejenige des Schalles in derselben Zeit aber nur ungefähr 340 Meter beträgt, so braucht man nur die Zahl der Sekunden, die zwischen dem Aufleuchten des Blitzes und dem Erschallen des Donners verfließen, mit der Fortpflanzungsgeschwindigkeit des Schalles, also mit der Zahl 340, zu vervielfachen, um in Metern die Entfernung zu finden, in der der Blitz niederfuhr. Einfacher ist es noch, wenn man auf je 3 Sekunden, die nach der Beobachtung des Blitzes vergehen, etwa 1 Kilometer rechnet. Auch in denjenigen Fällen, wo Blitz und Donner scheinbar gleichzeitig bemerkt wurden, wird sich gewöhnlich ergeben, daß die Bahn des Blitzes doch noch eine beträchtliche Strecke entfernt war. —

— **Ein großes Malheur** richteten am Montag nachmittag gegen 5 Uhr die vom Grundstück Kronprinzenstraße 11 aus durchgehenden Pferde der Firma Tenner u. Arendt an. Der Kutscher Motsch wurde bei dem Versuch, die feurigen Pferde am Durchgehen zu hindern, vom Wagen geschleudert und erlitt neben starken Hautabschürfungen eine erhebliche Kopfverletzung. M. mußte durch den Sanitätswagen der Feuerwehr nach dem altstädtischen Krankenhause gebracht werden. Ihres Führers ledig, rannten nunmehr die Pferde die Kronprinzenstraße entlang und geradewegs auf die vor dem Zentralbahnhof haltenden Droschken los. Eine derselben, dem Droschkenkutscher Kalberlah gehörig, wurde durch den Zusammenprall arg mitgenommen. K. mitsamt seinem Pferde wurden zu Boden geworfen und erlitten arge Verletzungen. Durch den Zusammenstoß kamen die durchgehenden Pferde zum Stehen. Die Droschke K.s, der durch die Sanitätswache der Feuerwehr verbunden wurde, mußte außer Betrieb gestellt werden. —

— **Unfälle.** Der Stahlputzer Albert Fuhs wollte am Sonntag auf der Barleber Chaussee sein Fahrrad auf einen vorüberfahrenden Wagen laden, stürzte hierbei und brach den rechten Arm. — Der Schlosser Otto Paarmann, im Automaten-Restaurant am Altemarkt in Stellung, verletzte sich am Montag nachmittag beim Löten durch Einspritzen von Salzsäure das rechte Auge. Die Verletzten fanden im altstädtischen Krankenhaus Aufnahme. —

— **Schon wieder ein Zusammenstoß.** In letzter Zeit mehren sich die Zusammenstöße der Straßenbahnwagen mit andern Fuhrwerken wieder in bedenklicher Weise. Da jetzt eine große Anzahl von Motorwagen von Personen geführt wird, die erst ausgebildet werden, so wäre es Sache der Straßenbahndirektion, den Ursachen dieser Zusammenstöße nachzuforschen und für Abhilfe Sorge zu tragen. Das Letzte, was ein neueingestellter Wagenführer lernt, ist das energische Handeln im Augenblick einer drohenden Gefahr. Es muß deshalb vor einem vorzeitigen Einstellen der neuen Wagenführer dringend gewarnt werden. Der letzte Zusammenstoß ereignete sich am Montag vormittag vor dem Straßenbahndepot in Buckau. Dort prallte infolge falscher Weichenstellung ein Motorwagen mit einem Leiterwagen in heftigster Weise zusammen. Der Vorderperron des ersteren wurde stark zusammengedrückt. Zum Glück befanden sich keine Fahrgäste mehr im Wagen, sonst wäre das Malheur noch größer geworden. Wie wir hören, befand sich in diesem Fall der Wagenführer des Motorwagens noch nicht lange in dieser Stellung. —

— **Eine erhebliche Verkehrsstörung,** die [illegible] vermieden werden können, wurde am Montag vormittag [illegible] in der Sternstraße durch eine größere Wagenkolonne [illegible] Trainbataillons verursacht. Eine größere Anzahl von [illegible] wagen der Ringlinie und der Linie Buckau-Neustadt, die [illegible] besetzt waren, mußten warten, bis der letzte Wagen in den Kasernenhof verschwunden war. Man fragt sich unwillkürlich, mit welchem Recht der Führer einer derartig langen Kolonne eine Betriebsstörung bis zur Dauer von über 10 Minuten hervorrufen kann. Sollten denn die Interessen des steuerzahlenden Bürgertums nicht mindestens ebenso hoch zu veranschlagen sein, als das ziemlich problematische Interesse, das eine marschierende oder fahrende militärische Kolonne für den Staatsbürger hat? Solange allerdings das heilige Bürgertum noch Männer in die Parlamente entsendet, die die Hunderte von Millionen für den Moloch Militarismus anstandslos bewilligen, wird es sich wohl oder übel derartige Störungen gefallen lassen müssen. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. (Ferienstrafkammer.)
Sitzung vom 17. Juli 1905.

Urkundenfälschung. Der Laufbursche Hermann Hasenbruch hier, geboren 1889, kaufte am 2. April d. J. gemeinschaftlich mit einem bereits abgeurteilten Genossen im Warenhause der Gebr. Barasch für 54 Pfennig Wurst und Käse und versah dann den Verkaufszettel mit dem Stempelabdruck „bezahlt", worauf er die Waren ausgehändigt erhielt, ohne daß er Zahlung geleistet hatte. Kurze Zeit später holten sie sich in gleicher Weise acht Stück Eier für 44 Pfennig und am 4. April zwei Börsen für 1,46 Mark. Als sie sich wieder für 1,23 Mark Wurstwaren verschaffen wollten, wurden sie abgefaßt. Hasenbruch wurde wegen fortgesetzter Urkundenfälschung im Verein mit Betrug und Betrugsversuch zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt; die für verbüßt erklärt wurden. —

Eine Freisprechung. In nichtöffentlicher Sitzung wurden der Schankwirt Friedrich Loose und dessen Ehefrau, Mathilde geborne Peters, hier, von der Anklage der Kuppelei freigesprochen. —

Letzte Nachrichten.

Der russisch-japanische Krieg.

Hd. Petersburg, 18. Juli. General Linlewitsch meldet unter dem 16. d. M., daß in der Nacht vom 14. auf den 15. die Japaner auch die östliche Küste von Sachalin bombardiert hätten. —

Hd. London, 18. Juli. „Daily Telegraph" meldet aus Tokio: Jeden Augenblick wird die Uebergabe der Russen auf Sachalin, deren Lage hoffnungslos ist, erwartet. —

Hd. Paris, 18. Juli. Der Petersburger Korrespondent des „Eclair" berichtet aus angeblich gut informierter Quelle, daß man in dortigen diplomatischen Kreisen in betreff des Friedens äußerst pessimistisch sei. Man glaubt, daß die japanischen Delegierten nur sehr beschränkte Befugnisse haben und daß sie instruiert sind, den russischen Vorschlägen auszuweichen. —

Hd. Petersburg, 18. Juli. Nächster Tage reist von hier eine besondere Sektion des Marinegerichts nach Manila ab, um dort gegen den Admiral Oehnquist Anklage wegen seiner Flucht während der Schlacht bei Tsuschima zu erheben und ihn vor das Marinegericht zu stellen. —

Essen, 18. Juli. Die Reichstagsersatzwahl für den hiesigen Wahlkreis ist auf den 19. September festgesetzt; auch die Polen haben einen eignen Kandidaten aufgestellt. —

Hd. Offenburg, 18. Juli. Die Strafkammer erkannte gegen den 17jährigen Dienstknecht Breig aus Oberharmersbach, der am 25. Mai die 13 Jahre alte Cäcilie Baumann auf schauerliche Weise getötet hatte, wegen Notzuchtsversuches und Totschlags auf 9 Jahre Gefängnis. —

Hd. Wien, 18. Juli. In einer in Komorn gehaltenen Rede erklärte der Führer der ungarischen Opposition, Graf Albert Apponyi, daß sich das Land zum äußersten Widerstand gegen die Regierung vorbereite. Ohne ungarische Kommandosprache, ohne ungarisches Wappen und Fahne werde es keinen Frieden geben. Es handle sich nicht um die Einführung einiger magyarischen Kommandoworte, als vielmehr um eine selbständige ungarische Armee. Die Beamten seien entschlossen, die ihnen freiwillig gezahlten Steuern nicht anzunehmen. —

Hd. Wien, 18. Juli. Der 23jährige Postbeamte Joseph Westermaier, zugeteilt dem Bahnpostamt in Herzogenburg, unterschlug Geldbriefe im Werte von 15 000 Kronen. Er wurde verhaftet.

Hd. Budapest, 18. Juli. Der leitende Ausschuß der vereinigten Linken hielt gestern die angekündigte Konferenz ab. Karl Eötvös beantragte, die Konferenzen sollen entweder ganz geheim oder öffentlich sein. Der Ausschuß beschloß, daß die Konferenzen geheim bleiben sollen. Ferner wurde beschlossen, über die gegenwärtige politische Lage eine ausführliche Erklärung zu verfassen, in der auch der Standpunkt der Munizipien gegenüber unparlamentarischen Forderungen präzisiert wird. Die Erklärung wird von Apponyi, Andrassy und Polonyi verfaßt und soll heute einer neuen Konferenz vorgelegt werden. Hierauf wurde zur Sicherung des einheitlichen Vorgehens ein Subkomitee eingesetzt. —

Hd. Saloniki, 18. Juli. Im Dorfe Resova bei Negotin fand ein heftiger Kampf statt zwischen Truppen und einer dort versteckten bulgarischen Bande. Die Bulgaren warfen Bomben. Die türkischen Verluste sollen schwer sein. —

Hd. London, 18. Juli. Die englischen Morgenblätter äußern sich sehr erregt über die Erwerbung einer englischen Kohlengrube durch ein deutsches Syndikat. Der „Globe" erklärt, Deutschland suche die Oberhoheit zur See zu erlangen und die englische Flotte zu ruinieren. Daher sei es eine Torheit, einem deutschen Syndikat zu gestatten, eine Grube zu erwerben, da der Gebrauch von Kohle aus diesen Gruben den deutschen Kriegsschiffen eine Ueberlegenheit gegenüber den englischen geben würde. Dieselbe Ansicht spricht die „Pall Mall Gazette" aus. —

Vereins-Kalender.

Arb.-Radfahrerbund Solidarität Magdeburg. Vereinsabende: Abt. Wilhelmstadt („Luisenpark") Mittwoch; Abt. Buckau („Thalia") Donnerstag; Abt. Sudenburg („Zerbster Bierhalle") Donnerstag; Abt. Neue Neustadt („Weißer Hirsch") Freitags.

Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Umständehalber heute Dienstag abend nicht im „Weißen Hirsch", sondern bei Augustin Bartels, Fabrikenstraße 5—6, Uebungsstunde. —

Briefkasten.

H., Westerhüsen. 1. Dazu ist der Vermieter berechtigt. 2. Läßt sich mit wenigen Worten und ohne Kenntnis der Verhältnisse nicht sagen. Unpfändbar sind vor allen Dingen die Sachen, die zur Aufrechterhaltung und Weiterführung des Geschäftsbetriebes und des Haushalts nötig sind. —

Ernst Wolff. Sie können gegen den Verkäufer nur Schadenersatzansprüche aus den Mängeln des Hauses geltend machen, wenn Sie dem Verkäufer arglistige Täuschung nachweisen können. —

O. G. Grönland steht vornehmlich unter dänischer Oberhoheit.

Für die **Parteikasse** gingen folgende Beträge ein: H. St., Neustadt 1,00. Vereinsbeiträge 180,00. —

Für die Russen: Wasserwerk-Arbeiter 2,00. Arb.-Radfahrerverein Magdeburg 10,00. —

Ernst Richert.

Trauer-Hüte

Blusen, Kostümröcke
Kreppe, Flore etc.
in grösster Auswahl

Lange & Münzer

5Ia Breiteweg 5Ia

Sparsame Hausfrauen verwenden mit
Vorliebe 2889

Elfenbein-Seife

Marke **„Elefant"** von
Günther & Haussner
Chemnitz-Kappel.
In fast allen Materialw.-, Drogen- und Seifen-Geschäften zu haben.

Prima erstkl. Solidaria-Fahrräder
auf Wunsch **Teilzahlung.**

Anzahl. 20, 30, 50 M.
Abz. 8–15 M. mon.
Reichsräder von 64 M. an. Zubehörteile spottbillig.
Preisliste gratis und franko.
J. Jendrosch & Co.
Charlottenburg 5. No. 281

1 Posten Kinderwagen

gutes Fabrikat, neuste Muster
extra billige Preise
im 158

Ausverkauf

nur Altemarkt 23.

Zahn-Atelier

Richard Sass 319
56 Breiteweg 56.
Teilzahlung gestattet.
Woche 1 Mark (ohne Preiserhöhung).
Strengste Diskretion zugesichert.
Zahnziehen schmerzlos.

Hochfeine neue Heringe

Stück 5 Pf.
Extra-feine **neue Vollheringe**
2 Stück 15 Pf.
extra große Stück **10 Pf.**
empfiehlt 161

Max Amann

Breiteweg 130/131.
Beim Einkauf von 50 Pfg. erhält jeder Käufer einen Gutschein auf ein **Semi-Emaille-Porträt** nach jeder Photographie.

Küchenzettel
der Magdeburger Volksküche
Gr. Marktstr. 21.

Mittwoch: Kohlrüben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Erbsen mit Rippenspeck.
Freitag: Kartoffelsalat mit Schweinebraten.
Sonnabend: Graupensuppe mit Rindfleisch.

Heute und folgende Tage verkaufe große Posten

Schuhwaren

aller Art für Herren, Damen und Kinder sowie große Posten
Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben
zu außergewöhnlich billigen Preisen. 393

S. Wolff

14 Schwertfegerstraße 14.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands

Filiale Gr.-Ottersleben.

Sonnabend den 22. Juli, abends 8 Uhr

Sommerfest

im Lokale des Herrn Strumpf

Während der Kaffeepause:

Humoristische Unterhaltungen.

Die Kameraden der umliegenden Zahlstellen sind hiermit besonders eingeladen.

Es ladet hierzu auf das freundlichste ein

19 **Das Komitee.**

Arbeiter-Radfahrerb. Solidarität
Verein „Frisch auf", Schönebeck

feiert sein 142

3. Stiftungsfest

am **Sonntag den 23. Juli, von nachmittags 3 Uhr an,** in sämtlichen Räumen der **„Tonhalle"**, bestehend in

Korso-, Kunst- u. Reigenfahren, Konzert und Ball

wozu freundlichst einladet **Der Vorstand.**

Festschleifen sind zu haben bei sämtlichen Vorstands- und Komiteemitgliedern sowie in der „Tonhalle". D. O.

Achtung! **Olvenstedt.** **Achtung!**

Männer-Turnverein „Freiheit".

Sonntag den 23. Juli im Lokal und Garten des Herrn
Alb. Matzdorf

Feier des neunten Stiftungsfestes

unter gütiger Mitwirkung sämtlicher auswärtiger Turnvereine des 2. Bezirks (2. Kreis) des Arbeiter-Turnerbundes.

Programm:

9–12 Uhr volkstümliche Spiele.
12–2 Uhr Empfang der fremden Vereine.
3 Uhr Umzug zum Turnplatz.

Nachdem: **Grosses Konzert und Schauturnen.**

Alle Gewerkschaften und Vereine sind hiermit freundlichst eingeladen.

Entree 30 Pf. Kinder in Begleitung der Eltern sind frei.

Ergebenst ladet ein

162 **Der Vorstand.**

Theaterverein „Freie Volksbühne"

Mittwoch den 19. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokale von Alb. Vater, Knochenhauerufer 27/28, 1 Tr.

Ausserordentl. Generalversammlung

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt nötig.

Der Vorstand.

NB. In Händen der Mitglieder befindliche Programme sowie alle Rollenhefte müssen mitgebracht werden. 164

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg

Fürstenufer 6 I (dicht bei der Strombrücke), **Telephon 2841.**

Unentgeltliche Auskunft an organisierte Arbeiter und Witwen, Waisen, Dienstboten, Lehrlinge, Invaliden und solche Personen, die einer Organisation nicht angehören können, in der Zeit von **11–1 u. 5–7** Uhr. Außer der Auskunftzeit ist das Sekretariat für Auskunftsuchende geschlossen.

Olvenstedt.
Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt
von **Adolf Spitzbarth**

Herren-Sohlen u. -Absätze nur **2.25**
Damen-Sohlen u. -Absätze nur **1.60**
Kinder-Sohlen u. -Absätze, je nach Größe nur **0.70–1.40**
Vollständige Garantie für reellste Bedienung. — Keine Reklame, wirklich reelles Angebot. 165

Flotte Verkäufer für gut kleb. Fliegentüten bei hoh. Lohn ges. Täglich frisch zu hab. Helmstedterstr. 18, v. II.

Viktoria-Theater.

Mittwoch den 19. Juli
Lady Windermeeres Fächer.
Donnerstag den 20. Juli 1905.
Volksaufklärung.
Der Arzt seiner Ehre.
Ein peinlicher Zwischenfall.

Standesamt.

Magdeburg, 17. Juli.

Aufgebote: Bautechniker Gust. Romberg mit Agnes Hoeft. Stellmacher Heinr. Friedr. Wilh. Assel hier mit Anna Batterodt in Egeln. Hausdiener Wilh. Herm. Homann mit Berta Halka in Burg. Kaufm. Reinhard Otto Rob. Jordan hier mit Elise Klara Olga Niemann in Kl.-Rodensleben. Tapezierer Otto Herm. Bordfeld in Osterweddingen mit Marie Hermine Ledderbogen in Druxberge. Dekorateur Karl Roeder hier mit Anna Schellhase in Mucrena. Diplom-Ingen. Waldemar Heberlein mit Anna Sprüngli. Arb. Karl Meinschenk mit Martha Raek geb. Rennmann. Post-Assist. Paul Schmidt in Braunschweig mit Else Schmidt hier.

Eheschließungen: Eisenb.-Rangierer Paul Niewerth mit Juliane Lehmann geb. Becker. Hauptmann u. Komp.-Chef im Inf.-Reg. Nr. 26 Wilhelm Hundrich mit Margarete Bodenstein. Handelsm. Karl Sudhoff mit Marie Sommermeyer geb. Harm. Prakt. Arzt Karl Tamm in Hartha mit Anna Kornemann hier.

Geburten: Gertrud, T. des Stellmach. Franz Tomczak. Erika, T. des Schutzmanns Ernst Klatt. Anna, T. des Schneid. Aug. Rockahr. Elli, T. des Arbeiters Otto Hoppe. Erna, T. des Postboten Ad. Voigt. Franz, S. des Arb. Herm. Hofmann. Lieschen, T. des Eisenb.-Rangierarb. Herm. Gerecke. Annemarie, T. des Leutn. im Pion.-Bat. Nr. 4 Friedr. Garcke.

Todesfälle: Cölestine geb. Jannasch, Ehefr. des Privatmanns Jul. Langwich, 72 J. 9 M. 21 T. Otto, S. des Arb. Otto Thiele, 4 M. 10 T. Fritz S. des Arb. Gust. Becker, 4 M. 7 T. Else, T. des Feilenhauers Wilh. Gold, 21 T. Walter, S. des Arb. Paul Gladeck, 6 M. 13 T. Frida, T. des Arb. Karl Brandt, 1 M. 8 T. Oberarb. Friedr. Schmidt, 43 J. 9 M. 9 T. Abteil.-Chef Karl Haase, 72 J. 2 M. 25 T. Alfred, S. des Kaufmanns Alfred Jahns, 11 M. 4 T. Gertrud, T. des Feuermanns-Gefreiten Wilh. Wiswede, 7 T.

Totgeburten: S. des Arb. Otto Naruhn. T. unehel.

Sudenburg, 17. Juli.

Aufgebot: Former August Wilhelm Robert Paul Jacob mit Emma Anna Laddei.

Geburt: Maria, T. des Hilfsarbeiters Alfred Backhaus.

Todesfälle: Charlotte, T. des Straßenbahnschaffners Willi Borrmann, 5 M. 12 T. Elsbeth, T. des Eisendrehers Waldemar Richter, 3 M. 13 T. Gustav Grüpel, Eisenbahn-Stations-Assistent a. D., 61 J. 8 M. 29 T. Luise, unehel., 4 J. 6 M. 11 T. Olga, T. des Arbeiters Oskar Siebert, 8 M. 28 T. Else, T. des Arbeiters Friedrich Cieluch, 1 M. 6 T. Martha, T. des Zeugschmieds Gustav Schwarzkopf, 14 J. 4 M. 2 T. Witwe Huhn, Katharine geb. Engelhardt, 80 J. 4 M. 20 T.

Buckau, 17. Juli.

Todesfälle: Anna, T. des Schlossers Franz Heine, 8 M. 16 T. Otto, S. des Schmieds Alb. Schuchhardt, 10 T.

Neustadt, 17. Juli.

Aufgebot: Lehrer Gustav Adolf Brose in Stadtoldendorf mit Käthe Auguste Lina Lorenz hier.

Geburt: Eva, T. des Postassistenten Hermann Holzbaur.

Todesfälle: Erna, T. des Arbeiters Karl Bürrgam, 10 M. 15 T. Privatmann Bernhard Köppe, 57 J. 1 M. 17 T. Paul, S. des Zimmermanns Gottfried Schmidt, 5 M. 17 T. Lokomotivführer a. D. Gustav Keller, 68 J. 11 M. 16 T. Ehefrau des Glasinstrument.-Fabrik. Hermann Hörold, Marie geb. Rudolph, 48 J. 8 M. 15 T. Erich, S. des Kranführers Karl Krause, 5 M. 7 T.

Groß-Ottersleben.

Eheschließungen: Kaufm. Wilhelm Tödtmann mit Anna Heinemann. Arb. Otto Schlee mit Else Rudloff.

Geburten: Gertrud Erna, T. des Zimmerers Albert Dankert in Benneckenbeck. Willi Rudolf, S. des Maurers Friedrich Lammert. Erich Heinrich Otto, S. des Schloss. Otto Neums. Hermann Friedrich, S. des Tischlers Friedrich Uebe. Gertrud Anna, T. des Arb. Heinr. Asche. Wilhelm August, S. des Heizers Johannes August Markus Wilhelm in Benneckenbeck. Editha Gertrud Olga, unehel. Otto Fritz, S. des Eisendrehers Otto Pieper in Benneckenbeck. Alma Dorothee, T. des Kaufm. Otto Eiserbeck. Elsa Lucie, T. des Form. Theodor Kopp in Lemsdorf. Walter, S. des Zimm. Erich Hoppe. Otto Willi, S. des Formers Max Albrecht in Benneckenbeck. Wilhelm Andreas Erwin, S. des Arb. Otto Schulz. Otto Albert, S. des Chausseewärters Otto Ehle. Gertrud Anna Lotte, T. des Musik. Gustav Schmidt. Otto Ernst, S. des Steindruck. Karl Liebke. Meta Anna, T. des Arb. Karl Lammert. Erna Else, T. des Zimmermanns Gustav Reichardt. Willi Rudolf, S. des Schlossers Theodor Bielefeld in Lemsdorf.

Todesfälle: Witwe Dorothee Gerecke geb. Zöllche, 77 J. Frida, [illegible] Lemsdorf, 5 M. 27 T. Marie Luise Wille geb. Weber, 51 J. Emma, T. des Arb. August Eiserbeck, 6 St. Herbert Karl Willi, unehelich, 20 T. Ernst Willi, S. des Arb. Ernst Nachholz in Lemsdorf, 13 T. Zimmermann Otto Friedrich Lemme, 36 J. Marianne Lucie, T. des Formers Max Albrecht in Benneckenbeck, 1 J. 6 M. 16 T. Albert Otto Theodor, S. des Arb. Ignaz Stitz, 5 T. Margarete, T. des Schlossers Paul Spieß in Benneckenbeck, 5 M. 2 T. Dorothea Johanna, T. des Pol.-Sergt. Karl Wagener, 3 M. 4 T. Fritz Rudolf, S. des Chausseewärters Rudolf Herbst in Lemsdorf, 1 M. 27 T. Auguste Ida Editha, T. des Fleischermstrs. Georg Heicke in Lemsdorf, 5 M. 18 T.

Westerhüsen.

Geburten: Robert Ernst, S. des Arbeiters Ernst Hoffe. Willi Otto, S. des Maurers August Krüger. Ernst Otto Wilhelm, S. des Glasmachers Ernst Hagen. Emma Erna, T. des Bahnarbeiters Ferd. Kirchner. Erna Frida, T. des Arbeiters Karl Koldiz. Friedrich Gottlieb, S. des Arbeiters Wilhelm Heinrichs.

Todesfälle: Walter Karl, S. unehelich, 1 M. 4 T. August Albert Franz, S. des Bahnarbeiters August Böttcher, 5 M. 25 T. Hermann Karl, S. des Arbeiters Hermann Köhler, 1 J. 9 M.

Burg, 15. Juli.

Eheschließungen: Holzbildhauer Albert August Heuer mit Martha Carius. Vizewachtmeister Paul Eugen Meseberg mit Emma Ida Peter. Schriftsetzer Rudolf Artur Max Röhr mit Alma Johanne Karoline Fischer. Schuhmacher Ludwig Anton Ahlers mit Sophie Emma Marie Schuhmacher. Schriftsetzer Otto Alwin Strauß in Egeln mit Wilhelmine Marie Bethge hier. Arbeiter Gotthelf Friedrich Adolf Busch mit Friederike Sophie Meseberg. Tischlermeister Julius Gustav Stenzel hier mit Dorothee Marie Margarete Obermann in Magdeburg.

Geburten: S. des Maurers Wilhelm Krüger. S. des Apothekers Walter Kosbahn.

Todesfall: Bernhard, S. des Arbeiters Wilhelm Meykath, 5 M.

Vom 17. Juli.

Aufgebot: Drechsler Franz Paul Schulz mit Ida Anna Simstedt.

Geburten: S. des Schuhfabrikarbeiters Paul Bethge. T. des Arbeiters Hermann Kaiser. T. des Schlossers Emil Römert. T. des Handschuhmachers Adolf Kühne. S. des Ackerbürgers Gustav Wille. T. des Kutschers Hubert Schütze. T. des Kernmachers Peter Mörschen.

Todesfälle: Kaufm. Gustav Biebendt, 70 J. Ehefrau des Zimmermanns Otto Müller, Berta geb. Oertwig, 27 J. Hermann Fritz, S. des Maurers Fritz Seeger, 2 M.

Halberstadt.

Aufgebote: Kaufmann Kurt Weiß in Magdeburg mit Agnes Hagen hier. Kutscher Otto Kyek mit Minna Fredersdorf. Gelbgießer Paul Belaschke in Wehrstedt mit Elise Deicke hier. Arbeiter Willi Brehmann mit Auguste Jänecke. Maurer Friedrich Lodahl hier mit Lina Düker in Dingelstedt.

Eheschließungen: Buchhalter Friedrich Lüddecke mit Charlotte Winter. Aufseher Karl Koch mit Witwe Rabethge, Karoline geb. Winter. Arbeiter Hermann Lutze mit Minna Ruch. Lehrer Friedrich Roth mit Friederike Belitz. Steindrucker Hermann Schwarze mit Franziska Liefeld.

Geburten: S. des Sergeanten Franz Mehlhorn. T. des Kutschers Hermann Schmidt. S. des Zigarrenmachers Eduard Wohlfarth. T. des Arbeiters Karl Graßhoff. S. des Büfettiers Heinrich Zimmermann. S. des Kaufmanns Gustav Sievers. T. des Straßenbahn-Wagenführers Albert Hartbrecht. T. unehelich.

Todesfälle: Helene, T. des Bahnarbeiters Max Eichler, 7 M. Ehefrau des Schlossers Gottfried Grabenhorst, Karoline geb. Dreyer, 52 J. Handelsmann Andreas Junge aus Wehrstedt, 74 J. Ehefrau des Fuhrherrn Wilhelm Kluth in Berlin, Johanne geb. Springer, 51 J. Witwe Sophie Kühne geb. Bothe, 79 J. Witwe Marie Schmidt geb. Reich aus Chemnitz, 41 J. Robert, S. des Arbeiters Robert Giebel, 13 T. Ziegeleiarbeiter Jakob Beyer, 43 J. T. unehelich, ½ St.

Schönebeck.

Aufgebot: Arbeiter Karl Heinrich Hummel hier mit Luise Minna Freye in Calbe a. S.

Eheschließung: Arbeiter Karl Eichler mit Hedwig Braune.

Geburten: Walter, S. des Arbeiters Friedrich Wilhelm Christian Petzold. Emil, unehelich. Willi, S. des Fabrikarbeiters Friedrich Fänger. Hermann, S. des Salinenarbeiters Paul Rohkohl.

Todesfälle: Käthe, T. des Arbeiters August Wille, 20 T. Frida, T. des Fabrikarbeiters Karl Kassebaum, 4 M.

Mitteilung. Mitglieder, welche bei Nachtfällen ihren Arzt nicht zu Hause treffen, wollen sich (bis 9 Uhr abends) an den Kassierer **F. Gerlach,** Lichtengraben 16-17, wenden. Näheres erfahren sie in der Generalversammlung. **D. V.**

An die Mitglieder des Halberstädter Familien-Vereins f. Krankenpflege

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Einladung zu der am **Mittwoch den 26. Juli 1905, abends 8 Uhr,** bei Herrn G. Bollmann, „Gewerkschaftshaus", Gerberstraße 15, stattfindenden

ordnungsmäßig. halbjährl. Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Revisorenbericht.
4. Berichterstattung der Spezialrevisoren.
5. Decharge-Erteilung.
6. Wahl von zwei Spezialrevisoren.
7. Beschlußfassung über die Verwendung des Ueberschusses.
8. Verschiedenes.

Debet.		Kredit.	
An Kassenbestand am 1. Januar 1905	10696.61	Per Ausg. für Aerzte	4635.00
„ Einnahme für Einschreibgebür	109.00	„ „ Spezialärzte und Klinik	874.50
„ Abonnementsbeiträge	14979.60	„ „ für Apotheken	5296.47
„ Einnahme für Ausstellung neuer Karten	0.50	„ „ Schröpfen, Zahnziehen, Lavements	769.01
„ Einnahme für Utensilienverkauf	38.65	„ „ Brillen, Bandagen und Bruchbänder	534.28
„ Einnahme für Zinsen	450.72	„ „ Wein, Fracht und Abziehen	260.33
„ Einnahme für Extra	2.20	„ „ Gerichtskosten	10.58
„ Einnahme für Weinverkauf	118.08	„ „ Drucksachen	131.00
		„ „ Salz und Bäder	525.10
		„ „ Krankenhaus	162.00
		„ „ Utensilien	0.00
		„ „ Weinlagerhalter	0.00
		„ „ Vorstand und Ausschuß	12.40
		„ „ Diverse	5.25
		„ „ Verwaltung	117.04
		„ „ Genossenschaftsboten	1367.28
		„ „ Revisoren	6.00
		„ Reservefonds	2000.00
		„ dem Delcrederefonds überwiesen	8696.61
		„ Saldo	992.51
Summa	26395.36	Summa	26395.36

163

An 1. Juli 1905 Kassenbestand 992,51 Mk.		
Dem Delcrederefonds überwiesen und Bestand	8696.61	Mk.
Davon den Mitgliedern an Unterstützung gezahlt	2027.00	„
Bestand des Delcrederefonds	6669.61	Mk.
Bestand des Reservefonds	2000.00	„
„ „ Geschäftsfonds	992.51	„
„ „ Delcrederefonds	6669.61	„
Summa	9662.12	Mk.
Bestand der Stammanteile am 1. Januar 1905	4024.34	„
An Stammanteilen eingekommen	173.25	„
„ „ ausgezahlt	14.50	„
Bestand der Stammanteile am 1. Juli 1905	4183.09	„
Die Genossenschaft hatte am 1. Januar 1905	1906	Mitglieder
Zugetreten sind bis 30. Juni 1905	115	„
Ausgeschieden durch Tod, Verzug usw.	45	„
Gegenwärtiger Mitgliederbestand	1976	„

Halberstadt, den 1. Juli 1905.

Der Vorstand.

Aug. Heine, 1. Vorsitzender. A. Schumann, 2. Vorsitzender. F. Gerlach, Kassierer. Otto Steier, M. Braun, Revisoren. E. Kretzschmar, Schriftführer.